



22

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 6

Juni 1966

Grafik des Monats: Die Gemeindewahl 1966

Aufsätze: Berufe der Erwerbspersonen
 Finanzausgleich
 Umsätze in freien Berufen

Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1964/65	1965/66	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt November bis März ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex (ohne Bau)	1958 = 100	135	139	+ 3
Beschäftigte ²	1 000	176	178	+ 1
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	713	758	+ 6
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	23	- 0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,0	p 7,2	- 10
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 252	2 003	- 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	99,4	116,9	+ 18
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	82,5	94,6	+ 15
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 608	5 182	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	98,9	102,2	+ 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	105,2	108,0	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	103,1	105,3	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	108,4	114,9	+ 6
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	106,8	111,3	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	106,1	111,3	+ 5
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	1 922	2 048	+ 7
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	5 366	6 194	+ 15
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	2 722	3 160	+ 16
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	50	55	+ 11
Landesteuern ¹⁰	Mill. DM	81	91	+ 12
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	49	54	+ 10
Lohnsteuer	Mill. DM	43	47	+ 10

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Oktober bis Februar 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT 6/66

Aktuelle Auslese	121
Aus dem Inhalt	122
Aufsätze	
Die Erwerbspersonen nach dem Beruf am 6. Juni 1961	123-130
Finanzausgleich	130-136
Die Umsätze in ausgewählten Berufen 1963 und 1964	136-140
Grafik des Monats	Beilage
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

B III 3 - 4/66

„Die Kreis- und Gemeindewahl am 13. März 1966
in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis)“

88 Seiten, Preis 4,60 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1966

Bundestagswahl 1965 (Teil 3)
Qualität der Schlachttiere
Umsätze 1964
Preisentwicklung Bauwirtschaft
Nebenfunktionen im Handwerk
Arbeiterverdienste Landwirtschaft

Heft 2/1966

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964
Bevölkerung nach dem Familienstand
Öffentliche Tiefbauaufträge 1964
Verbrauch in privaten Haushalten
Feuerwehreinsätze 1964

Heft 3/1966

Vorausschätzung Landwirtschaft
Bodennutzung 1965
Bilanzstruktur der Unternehmen 1963

Heft 4/1966

Wohnungswünsche 1965
Haushalt und Familie
Realschüler 1965
Binnenfischerei 1961/62
Güterverkehr Eisenbahn
Streiks 1960-1965

Heft 5/1966

Getreide 1950-1965
Umsätze Gastgewerbe
Sozialhilfeempfänger 1964
Verbrauch, Haushaltgröße, Einkommen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 6

Juni 1966

Aktuelle Auslese



Weitere Bevölkerungszunahme

Im letzten Jahr hat wiederum vor allem die Zahl der jüngeren Menschen in Schleswig-Holstein zugenommen (Zahlen in Tausend):

	Einwohner am 31. 12.		Veränderung
	1964	1965	
unter 15 Jahre	527	541	+ 14
15 bis 44 Jahre	982	992	+ 10
45 bis 64 Jahre	569	570	+ 1
65 und mehr Jahre	327	335	+ 8
Insgesamt	2 406	2 439	+ 33

1963 1964 1965

Zu schnelles Fahren	25	25	26
Nichtbeachten der Vorfahrt und der Verkehrsregelung	13	13	13
Alkoholeinfluß	13	12	12
Fehlerhaftes Überholen	8	8	7
Falsches Einbiegen nach links	5	5	5
Zu geringer Sicherheitsabstand	4	5	5



Weniger als die Hälfte der 21- bis 24jährigen haben gewählt

Ein Stichprobenergebnis zeigt, daß nur 48,6 % der Wahlberechtigten im Alter von 21 bis 24 Jahren bei der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl 1966 gewählt haben. Von allen Wahlberechtigten machten aber 68,7 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dieser Anteil kommt nur durch die hohe Wahlbeteiligung der über 40jährigen zustande. Am größten war die Wahlbeteiligung bei den 60- bis 69jährigen mit 76,6 %.



Nicht so schnell fahren!

Im Jahre 1965 wurden bei 12 500 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 18 900 Unfallursachen ermittelt. 74 % der Ursachen waren Führern von Fahrzeugen und 12 % den Fußgängern zuzuschreiben. Von 100 Ursachen, die bei Fahrzeugführern festgestellt worden sind, entfielen auf



Rund 80 % aller Entziehungen von Führerscheinen wegen Trunkenheit am Steuer

Im Jahre 1964 wurden in Schleswig-Holstein durch rechtskräftige Urteile 3 857 Kraftfahrern die Fahrerlaubnis entzogen, und zwar 3 052 (79 %) wegen Trunkenheit am Steuer und 271 (7 %) wegen Fahren ohne gültige Fahrerlaubnis der entsprechenden Klasse. 1963 sind 3 360 Führerscheine entzogen worden. Auf die genannten Gründe entfielen damals 78 % und 9 %.



2,15 Milliarden DM Industrieumsatz im ersten Vierteljahr 1966

Im ersten Vierteljahr 1966 waren in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten durchschnittlich 177 100 Personen beschäftigt, und 1 500 mehr als im ersten Vierteljahr 1965. Diese Zunahme entfiel allein auf die Angestellten; die Zahl der Arbeiter blieb konstant. Die Umsatzentwicklung war weniger lebhaft als im Vorjahr; sie belief sich im ersten Vierteljahr 1966 auf 2,15 Milliarden DM, das sind knapp 3 % mehr als im entsprechenden Zeitraum 1965.

Aus dem Inhalt

Berufe der Erwerbspersonen Seite 123

Die Volkszählung 1961 fragte u.a. auch nach dem Beruf. Diese Frage war von allen auszufüllen, die einem Erwerb nachgingen. Jede der 1 Mill. schleswig-holsteinischen Erwerbspersonen wurde danach mit Hilfe des Verzeichnisses der Berufsbenennungen einer von rund 400 Berufsklassen zugeordnet. Diese Berufsklassen wurden in Berufsgruppen zusammengefaßt. Schon die zehn wichtigsten Berufsgruppen der Männer und Frauen lassen erkennen, welchen Berufen der Hauptteil der schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen nachgeht; denn ihnen lassen sich drei Viertel aller männlichen und sogar vier Fünftel aller weiblichen Erwerbspersonen zurechnen. – Die landwirtschaftlichen Berufe (einschließlich Tierzüchter und Gartenbauer) stellen bei den Männern mit 78 000 Erwerbspersonen die stärkste Berufsgruppe. Es folgen die Bauberufe mit 72 000 männlichen Erwerbspersonen. In der Gruppe der 67 000 Schlosser, Mechaniker und Schmiede überwiegen die Schlosser und die Kraftfahrzeughandwerker. 58 000 Männer haben einen Verkehrsberuf, 57 000 einen Verwaltungs- oder Büroberuf, und 53 000 sind im Handel tätig. Bei den Frauen stehen die Verwaltungs- und Büroberufe mit 59 000 Erwerbstätigen an der Spitze. Die nächsten Plätze nehmen die Handelsberufe und die Berufsgruppe der mithelfenden Familienangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft mit je 50 000 Frauen ein. – In dem Aufsatz wird die Frage diskutiert, welche Faktoren zu der heutigen beruflichen Zusammensetzung geführt haben. Dabei wird die steigende Mechanisierung und Automatisierung am augenscheinlichsten sichtbar an der Zunahme der Zahl der Ingenieure und Techniker sowie der Maschinisten und an dem Rückgang der Hilfsarbeiter und der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

Finanzausgleich Seite 130

Schleswig-Holstein gehört seit Einführung des Länderfinanzausgleichs im Jahre 1950 zu den ausgleichsberechtigten Ländern. Es nahm dabei von Anfang an eine Sonderstellung ein, die damals vor allem auf die verhältnismäßig große Flüchtlingszahl zurückzuführen war. Aber auch heute noch kann Schleswig-Holstein zur Abgeltung der übermäßigen Belastung von seinem Steueraufkommen vor Berechnung der Steuerkraftmeßzahl 30 Mill. DM abziehen. Schleswig-Holstein hat im ersten Jahr des Länderfinanzausgleichs 84 Mill. DM erhalten und 1964 über 360 Mill. DM. Für 1966 erwartet man 383 Mill. DM. Wegen der angespannten Haushaltssituation hat Schleswig-Holstein darüber hinaus erstmalig für 1966 Ergänzungszuweisungen vom Bund beantragt. Das Gewicht des Länderfinanzausgleichs ist in seiner Relation zum Landessteueraufkommen erkennbar. Diese Relation machte bisher immer mindestens 40 % aus, wird aber nach den Schätzungen des Landeshaushaltsplanes 1966 erstmals unter diesem Wert liegen. – Der Grundgedanke des kommunalen Finanzausgleichs ist in der Landessatzung für Schleswig-Holstein festgelegt. Danach fließen den Gemeinden und Gemeindeverbänden bestimmte Steuern zu, die für steuerschwache Gemeinden und Gemeindeverbände durch einen Finanzausgleich ergänzt werden. Z.Z. hat das Finanzausgleichsgesetz von 1955 in der Fassung des vierten Änderungsgesetzes von 1964 Geltung. Als einschneidendste Neuerung im

kommunalen Finanzausgleich muß die Einführung der Verbundwirtschaft im Jahre 1955 angesehen werden. Danach stellt das Land den Gemeinden als Finanzausgleichsmasse 21 % seines Steueraufkommens (außer der Vermögensteuer) zur Verfügung. Zu der für 1965 vorgesehenen Ausgleichsmasse ist zu bemerken, daß in ihr 60 % des Kraftfahrzeugsteueraufkommens als Verbund nicht mehr enthalten sind, da diese den Gemeinden direkt zufließen (Schlegelbergerplan). – Die Wirkung des kommunalen Finanzausgleichs hat sich besonders in den letzten Jahren verstärkt. 1955 machte die Finanzausgleichsmasse nur ein Viertel des Gemeindesteueraufkommens aus, seit 1963 jeweils fast die Hälfte. Der größte Posten der Finanzausgleichsmasse wird für die Schlüsselzuweisungen verwendet. Ihr Anteil macht seit 1955 immer etwa drei Viertel aus. Damit erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände den Hauptteil des Finanzausgleichs als sogenannte allgemeine Finanzausweisung, d.h. die Zuweisungen sind nicht zweckgebunden, sondern können wie eigene Steuereinnahmen nach den Wünschen der Gemeinde verwendet werden. Eine Sonderstellung nimmt der mit dem Finanzausgleichsgesetz 1964 eingerichtete Investitionsfonds ein. Aus ihm erhalten Gemeinden und Gemeindeverbände über einen Zeitraum von sechs Jahren Zinszuschüsse für Darlehen im Gesamtbetrag von jährlich 50 Mill. DM. Im Landeshaushaltsplan 1965 wurden 3 Mill. DM bereitgestellt. Aber auch die Gemeinden und Gemeindeverbände steuern umgekehrt einen wenn auch kleinen Betrag zum Landeshaushalt bei. In der Hauptsache handelt es sich dabei um den Schulbeitrag, der einen Beitrag zu den vom Land gezahlten Lehrergehältern darstellt.

Umsätze in freien Berufen Seite 136

Die freiberuflich Tätigen in Schleswig-Holstein haben ihre Umsätze in den Jahren 1963 und 1964 wiederum erheblich steigern können. Unter den von der Umsatzsteuerstatistik 1964 erfaßten Steuerpflichtigen gibt es kaum einen Wirtschaftsbereich, in dem die Zuwachsraten der Umsätze derartig hoch gewesen sind wie in den freien Berufen. Während im Durchschnitt alle Steuerpflichtigen im Jahre 1964 ihren Umsatz gegenüber 1963 um gut 13 % steigern konnten, betrug dieser Zuwachs z.B. bei den Steuerbevollmächtigten 31 %, bei den Ärzten 25 % und bei den Zahnärzten 24 %. Den weitaus höchsten Umsatz haben die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Sie erzielten 1964 einen durchschnittlichen Umsatz von 197 000 DM je Steuerpflichtigen. An der zweiten Stelle standen die Architekten (einschließlich Bau- und Vermessungsingenieure) mit einem durchschnittlichen Umsatz von 111 000 DM je Steuerpflichtigen. Es folgten die Rechtsanwälte und Notare (96 000 DM), die Ärzte (87 000 DM), die Zahnärzte (80 000 DM), die Tierärzte (80 000 DM) und die Steuerbevollmächtigten (72 000 DM). Im Gegensatz zu den Gewerbebetrieben anderer Wirtschaftsbereiche sind die Unterschiede in der Höhe des erzielten Jahresumsatzes zwischen den Steuerpflichtigen der freien Berufe nicht so ausgeprägt. Es konnte festgestellt werden, daß 1964 45 % der Steuerpflichtigen in den hier ausgewählten sieben freien Berufen mit ihrem Umsatz in der Größenklasse zwischen 50 000 bis unter 100 000 DM lagen. In dieser Größenklasse wurden 36 % der gesamten Umsätze erzielt.

Die Erwerbspersonen nach dem Beruf am 6. Juni 1961

Die letzte Volkszählung fragte unter anderem auch nach dem Beruf. Diese wichtige Frage war von allen auszufüllen, die einem Erwerb nachgingen. Jede der 1 Million schleswig-holsteinischen Erwerbspersonen¹ wurde danach mit Hilfe des Verzeichnisses der Berufsbenennungen, Ausgabe 1961, einer von rund 400 Berufsklassen zugeordnet. Die Berufsgruppe bildet die unterste Einheit der Klassifizierung der Berufe und umfaßt jeweils solche Berufe, die nach dem Wesen ihrer Tätigkeit, d. h. in der Art der Aufgabenstellung und der Arbeitsverrichtungen, gleichartig sind. Wenn im folgenden der Kürze wegen von Berufen statt von Berufs-

klassen die Rede ist, so ist also zu bedenken, daß oft ein Bündel gleichartiger Berufe gemeint ist.

Die Berufsklassen hier einzeln aufzuführen und zu kommentieren, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Es sollen daher vorzugsweise die rund 40 Berufsgruppen des systematischen Verzeichnisses betrachtet werden. Die Berufsgruppe umfaßt jeweils ähnliche Berufe. In ihr sind also zum Teil recht viele Berufsklassen enthalten². Auch die Berufsgruppen gestatten noch einen hinlänglichen Überblick über die berufliche Vielfalt in unserem Lande.

Tab. 1 Die 10 wichtigsten Berufsgruppen der Männer und Frauen

Berufsgruppe	Männer	Frauen	Berufsgruppe
Landwirtschaftliche Berufe, Tierzüchter, Gartenbauer	78 000	59 000	Verwaltungs- und Büroberufe
Bauberufe	72 000	50 000	Handelsberufe
Schlosser, Mechaniker, Schmiede und verwandte Berufe	67 000	50 000	Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft
Verkehrsberufe	58 000	24 000	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft
Verwaltungs- und Büroberufe	57 000	23 000	Hauswirtschaftliche Berufe
Handelsberufe	53 000	21 000	Reinigungsberufe
Ungelernte Hilfskräfte	26 000	18 000	Textilhersteller, -verarbeiter
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	22 000	14 000	Landwirtschaftliche Berufe, Tierzüchter, Gartenbauer
Metallerzeuger und -bearbeiter	20 000	14 000	Gesundheitsdienstberufe
Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe	19 000	12 000	Nahrungs- und Genußmittelhersteller

Schon die zehn wichtigsten Berufsgruppen der Männer und Frauen lassen erkennen, welchen Berufen der Hauptteil der schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen nachgeht; denn ihnen lassen sich drei Viertel aller männlichen und sogar vier Fünftel aller weiblichen Erwerbspersonen zurechnen.

Die landwirtschaftlichen Berufe, einschl. der Tierzüchter und Gartenbauer, stellen bei den Männern mit 78 000 Erwerbspersonen die stärkste Berufsgruppe. 72 000 Männer üben einen Bauberuf aus, und zwar meist als Maurer, Tiefbauer, Maler und Lackierer oder Zimmerer. In der Gruppe der 67 000 Schlosser, Mechaniker und Schmiede überwiegen die Schlosser und die Kraftfahrzeughandwerker. Aus der nächsten Gruppe, die neben Berufen des Land-, Wasser-, Luft- und Nachrichtenverkehrs auch Berufe wie den Stauer, den Büroboten und Amtsgehilfen umfaßt, ragen die 23 000 Kraftfahrer heraus. 57 000 Männer haben einen Verwaltungs- oder Büroberuf. 53 000 sind im Handel tätig,

die meisten als Groß- und Einzelhändler, Ein- und Verkäufer; 8 000 von ihnen sind Handelsvertreter oder Reisende. Die Gruppe der 26 000 Ungelernten umfaßt nicht alle Hilfsarbeiter, sondern im wesentlichen nur die, die auf Baustellen, am Lager und im Versand tätig sind. An nächster Stelle folgen die 22 000 Nahrungs- und Genußmittelhersteller. Stärker besetzte Berufe sind die der Fleischer und Bäcker. Aus der Gruppe der 20 000 Metallerzeuger und Metallarbeiter sind die Schweißer und Schneidbrenner sowie die Dreher zu erwähnen. Zur Gruppe der 19 000 Ingenieure und Techniker zählen allerdings auch Architekten, Mathematiker und Physiker.

Von den 59 000 Frauen mit einem Verwaltungs- oder Büroberuf sind die meisten Büroangestellte, Stenotypistinnen oder Maschinenschreiberinnen. 42 000 der 50 000 Frauen in Handelsberufen sind Ein- und Verkäuferinnen oder Groß- und Einzelhändlerinnen. Ebenfalls 50 000 Frauen helfen bei Familien-

1) Soweit nichts anders vermerkt, sind stets die Erwerbspersonen ohne Soldaten gemeint

2) Weitere Erläuterungen stehen am Schluß

angehörigen in der Land- und Forstwirtschaft mit. In den anderen Bereichen der Wirtschaft wurden 24 000 weibliche mithelfende Familienangehörige gezählt. 23 000 Frauen üben einen hauswirtschaftlichen Beruf aus. 21 000 gehen einem Reinigungsberuf nach, davon allein 16 000 als Raumpflegerinnen oder Hausratreinigerinnen und 4 000 als Wäscherinnen, Plätterinnen oder Büglerinnen. Die Hälfte der 18 000 weiblichen Textilhersteller und -verarbeiter sind Schneiderinnen und Oberbekleidungsnaherinnen. 14 000 Frauen üben den Beruf einer Landarbeiterin, Landwirtin, Melkerin, Gärtnerin u. dgl. aus. Ebenfalls 14 000 sind im Gesundheitsdienst tätig, 6 000 als Krankenschwestern und 3 000 als Sprechstundenhelferinnen. Unter den 12 000 Nahrungs- und Genußmittelherstellerinnen sind die sogenannten Speisenzubereiterinnen, wie Köchinnen, Fischkonserviererinnen und dgl. besonders zu erwähnen.

In sieben der zehn wichtigsten Berufsgruppen der Frauen liegt auch ihr Anteil über dem der männlichen Erwerbspersonen. Hauswirtschaftliche Berufe werden z. B. fast überhaupt nur von Frauen ausgeübt. Auch die Mithelfenden in und außerhalb der Landwirtschaft sind zu 79 bzw. 88% weiblich. Zu den typischen Frauenberufen zählen mit 80% auch die Reinigungsberufe sowie mit 73% die Textilhersteller und -verarbeiter, ferner die Sozialpflegeberufe, Gesundheitsdienstberufe und die Körperpfleger, bei denen der Frauenanteil je etwa zwei Drittel ausmacht. Insgesamt sind es 12 Berufsgruppen, in denen wenigstens die Hälfte aller Erwerbspersonen Frauen sind. In 11 der 40 Berufsgruppen beträgt ihr Anteil zwischen 25 und 50%, in den restlichen 17 weniger als ein Viertel.

Tab. 2 Männer- und Frauenanteil in den Berufsgruppen

Anteil in %	Berufsgruppen, in denen	
	Männer	Frauen
	den nebenstehenden Anteil erreichten	
unter 25	4	17
25 bis unter 50	7	11
50 bis unter 75	12	8
75 und mehr	17	4

Als typische Männerberufe sind vor allem die zehn Berufsgruppen anzusehen, in denen von 100 Erwerbstätigen nicht einmal 10 Frauen sind. Hierzu gehören die Maschinisten, die Bauberufe, die Bergleute und dgl., die Schlosser, Mechaniker, Schmiede, die Holzverarbeiter, ferner Forst-, Jagd- und Fischereiberufe sowie Verkehrsberufe, aber auch Ordnungs- und Sicherheitswahrer, Ingenieure und Techniker sowie die Rechts-

wahrer. Zu diesen zehn Berufsgruppen rechnen nur zwei Hundertstel aller weiblichen Erwerbstätigen.

44% aller erwerbstätigen Frauen sind verheiratet. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich die höchsten Anteile unter den mithelfenden Familienangehörigen. In der Land- und Forstwirtschaft sind 85 von 100 Mithelfenden verheiratet, in den übrigen Bereichen der Wirtschaft sogar 91. Die Mithilfe wird nicht nur im Betrieb des Ehemannes, sondern auch in dem anderer Verwandten, etwa der Eltern oder der Kinder geleistet. Hoch ist der Anteil der Verheirateten auch unter den weiblichen Erwerbstätigen in Reinigungsberufen, zu denen, wie gesagt, vornehmlich die Raumpflegerinnen und Hausratreinigerinnen gehören. 12 000 der 21 000 Frauen, die diesen Berufen nachgehen, sind verheiratet. Von 100 Arbeitnehmerinnen, die einen hauswirtschaftlichen Beruf ausüben, sind dagegen nur 9 verheiratet. Das liegt wesentlich daran, daß zwei Drittel der 21 000 Hauswirtschaftshelferinnen noch nicht einmal 25 Jahre alt sind. Gering sind die Verheiratetenanteile u. a. noch bei den Gesundheitsdienstberufen und den Körperpflegern. In den Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Handelsberufen sind rund 30 von 100 Frauen verheiratet.

Im Gegensatz zu den Selbständigen, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen treten die Beamten wegen ihrer Bindung an den Staat und die damit gegebenen speziellen Aufgaben nur in bestimmten Berufen auf. Fast neun Zehntel der 48 000 Beamten üben Verwaltungs- und Büroberufe (16 000), Verkehrsberufe (11 000), Erziehungs- und Lehrberufe (8 000) aus oder gehören zu den Ordnungs- und Sicherheitswahrern (7 000), also der Polizei, dem Bundesgrenzschutz oder der Feuerwehr. Neun Zehntel der 7 000 Beamtinnen sind in nur zwei Berufsgruppen zu finden: in den Erziehungs- und Lehrberufen (5 000) und in den Verwaltungs- und Büroberufen (1 000). Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß sich die Zahlen stets auf die im Lande wohnhaften Erwerbspersonen beziehen. Differenzen gegenüber den bei Kommunen, Land und Bund beschäftigten Beamten, Angestellten usw., deren Zahl die Personalstandsstatistik ausweist, erklären sich somit aus den zwischen Schleswig-Holstein und den Nachbarländern fließenden Pendlerströmen.

Eine ähnliche Konzentration der Erwerbspersonen auf einige wenige Berufsgruppen herrscht auch in den anderen Berufsstellungen. So sind weit über die Hälfte der 106 000 männlichen wie der 20 000 weiblichen Selbständigen Landwirte, Tierzüchter und Gärtner

Tab. 3

Die Erwerbspersonen nach Berufsgruppen am 6. 6. 1961

- in 1 000 -

0 (statt 0,0) bedeutet in dieser Tabelle: weniger als 50

Berufsgruppe	Erwerbs- per- sonen Ins- gesamt	darunter		Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf									
		weiblich	dar- unter verhei- ratet	Selb- ständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Lehrlinge	
				männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich
Berufe des Pflanzenbaus und der Tierwirtschaft													
Landwirtschaftliche Berufe, Tierzüchter, Gartenbauer	91,8	14,0	4,4	42,6	4,3	0	-	2,7	0,2	31,0	8,9	1,5	0,5
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	4,2	0,1	0,1	1,3	0	0,2	-	0,3	-	2,2	0,1	0,1	-
Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft	63,6	50,4	42,7
Industrielle und handwerkliche Berufe													
Bergleute, Mineralgewinner, Mineralauf- arbeiter	1,8	0,0	0,0	0,0	-	-	-	0,1	-	1,7	0,0	0,0	-
Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher Bauberufe	5,7 72,3	1,0 0,3	0,5 0,1	0,2 4,4	0,0 0,0	- 0,0	- -	0,1 1,3	0,0 0,0	4,3 60,1	1,0 0,2	0,1 6,2	0,0 0,0
Metallerzeuger und Metallbearbeiter	23,1	3,3	1,6	0,1	0,0	-	-	0,2	0,0	18,8	3,3	0,7	0,0
Schlosser, Mechaniker, Schmiede und verwandte Berufe	68,8	2,1	0,8	4,1	0,1	0,0	-	1,9	0,1	46,6	1,7	14,1	0,3
Elektriker	19,2	2,1	1,0	0,9	0,0	0,3	-	0,8	0,0	10,5	2,0	4,6	0,1
Chemiewerker	5,1	1,8	0,9	0,0	0,0	0,0	-	0,2	0,1	3,0	1,7	0,1	0,0
Kunststoffverarbeiter	0,6	0,3	0,2	0,0	0,0	-	-	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	-
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	19,4	0,9	0,4	2,3	0,0	-	-	0,3	0,0	14,4	0,9	1,4	0,0
Papierhersteller und -verarbeiter	3,6	1,8	0,8	0,1	0,0	-	-	0,1	0,0	1,6	1,7	0,1	0,0
Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	7,6	2,2	0,8	0,4	0,1	0,0	-	0,6	0,5	3,6	1,4	0,7	0,3
Textilhersteller, Textilverarbeiter, Hand- schuhmacher	25,1	18,4	6,6	1,6	1,8	-	-	0,4	0,3	4,5	14,7	0,2	1,6
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	6,5	1,8	0,8	1,9	0,0	-	-	0,1	0,0	2,6	1,7	0,1	0,1
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	33,2	11,5	4,5	4,1	0,2	0,0	-	1,8	0,4	13,2	10,4	2,5	0,5
Warenachseher, Versandfertigtmacher und Lagerverwalter	23,4	11,3	5,5	0,0	0,0	0,0	-	3,6	0,5	8,5	10,8	0,0	-
Ungelehrte Hilfskräfte, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet (Handlanger)	29,7	3,8	1,7	-	-	-	-	-	-	25,9	3,8	-	-
Technische Berufe													
Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe	19,9	0,6	0,2	1,8	0,0	2,4	0,1	14,9	0,5	-	-	0,2	0,0
Technische Sonderfachkräfte	4,7	2,4	0,4	0,0	0,0	0,0	-	1,7	1,5	0,3	0,1	0,3	0,8
Maschinen- und zugehörige Berufe	10,9	0,0	0,0	-	-	0,2	-	1,1	-	9,6	0,0	0,0	-
Handels- und Verkehrsberufe													
Handelsberufe	103,6	50,5	15,3	23,1	7,7	0,3	0,0	22,2	29,8	2,0	1,2	5,4	11,9
Verkehrsberufe	61,5	3,7	1,7	2,9	0,1	10,9	0,3	6,2	1,6	37,1	1,7	0,7	0,0
Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung													
Gaststättenberufe	11,4	5,7	2,0	3,2	2,2	-	-	0,9	0,7	1,3	2,6	0,3	0,2
Hauswirtschaftliche Berufe	23,3	23,3	2,2	-	-	-	-	0,0	2,3	0,1	20,1	-	0,8
Reinigungsberufe	25,8	20,6	11,8	0,6	0,6	-	-	0,1	0,1	4,4	19,9	0,1	0,0
Körperpfleger	9,5	6,3	1,4	1,8	0,6	-	-	0,1	0,2	1,1	3,0	0,2	2,5
Dienst- und Wachberufe	6,4	0,9	0,5	0,0	0,0	0,1	-	1,3	0,2	4,2	0,7	-	-
Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege													
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	116,0	59,1	16,5	3,0	0,7	15,6	1,3	35,1	50,1	0,2	0,3	3,1	6,7
Rechtswahrer	2,6	0,1	0,0	0,6	0,0	1,5	0,1	0,3	0,0	-	-	0,0	0,0
Ordnungs- und Sicherheitswahrer	7,9	0,1	0,0	0,0	0,0	7,2	0,0	0,3	0,0	0,3	-	-	-
Sozialpflegeberufe	1,6	1,1	0,2	-	0,0	0,0	0,0	0,4	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens													
Gesundheitsdienstberufe	20,6	13,8	2,6	3,6	1,0	0,4	0,0	2,4	10,1	0,3	0,7	0,1	2,0
Erziehungs- und Lehrberufe	18,4	8,5	2,4	0,4	0,3	8,3	4,5	1,2	3,4	-	0,1	0,0	0,2
Seelsorger	1,5	0,3	0,0	0,0	-	0,8	0,0	0,4	0,3	0,1	0,0	-	-
Berufe der Wissenschaft u. des Geisteslebens	1,7	0,6	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	0,8	0,5	-	-	0,0	0,0
Künstlerische Berufe	3,6	1,0	0,2	0,6	0,2	0,0	0,0	1,6	0,6	0,1	0,1	0,2	0,2
Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf													
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	27,5	24,3	22,1
Arbeitskräfte mit nichtbestimmtem Beruf	3,0	1,2	0,2	-	0,0	-	-	0,0	0,0	0,2	0,1	0,5	0,2
Insgesamt	986,1	351,3	153,2	106,0	20,0	48,4	6,5	105,2	105,0	314,1	115,2	43,6	28,9

(43 000 und 4 000) oder in den Handelsberufen tätig (23 000 und 8 000).

Über die Hälfte der 105 000 männlichen und drei Viertel der 105 000 weiblichen Angestellten finden sich in Verwaltungs- und Büroberufen (35 000 und 50 000) sowie in Handelsberufen (22 000 und 30 000). Von den 314 000 Arbeitern gehen 60 000 einem Bauberuf nach, 47 000 sind Schlosser, Mechaniker oder Schmiede, 37 000 im Verkehr, 31 000 in der Landwirtschaft und 26 000 als ungelernete Hilfskräfte tätig. Von den 115 000 Arbeiterinnen rechnen je 20 000 zu den Berufsgruppen Hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe, 15 000 sind Textilerhersteller und -verarbeiter, 11 000 Warennachseher, Versandfertigtmacher und Lagerverwalter und 10 000 Nahrungs- und Genussmittelhersteller.

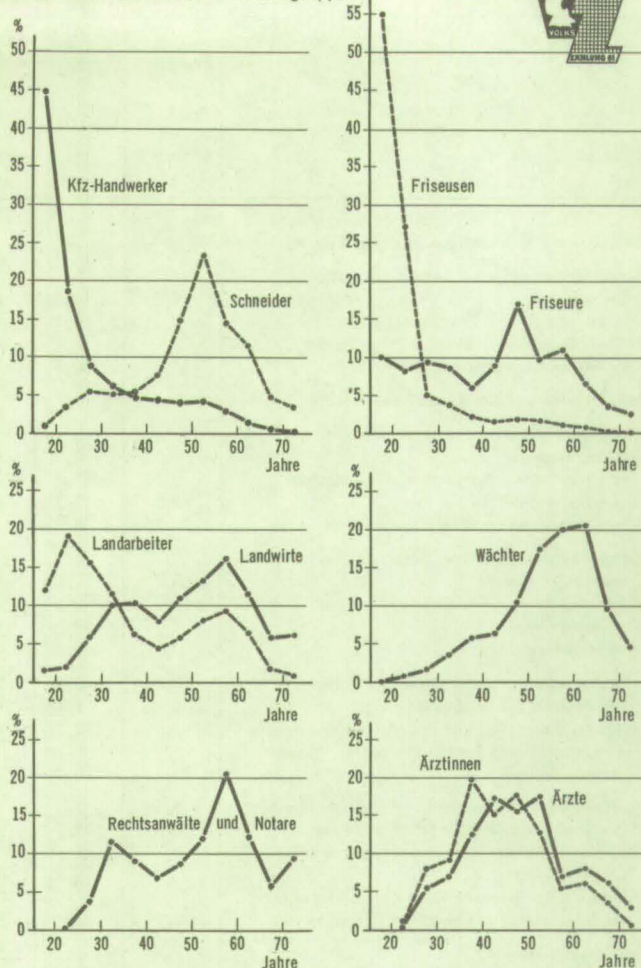
Von den 44 000 männlichen Lehrlingen zählen 14 000 zu den Schlossern, Mechanikern und Schmieden und 6 000 zu den Bauberufen. Bei den Arbeitern war die Reihenfolge umgekehrt. Zählt man die 5 000 Elektrikerlehrlinge und die 5 000 Lehrlinge in den Handelsberufen sowie die 3 000 Lehrlinge in den Verwaltungs- und Büroberufen hinzu, so entfallen auf diese fünf Berufsgruppen rund drei Viertel aller jungen Männer, die eine Lehre durchlaufen. Bei den 29 000 weiblichen Lehrlingen liegen die Berufsgruppen Handelsberufe mit 12 000, Verwaltungs- und Büroberufe mit 7 000, Körperpfleger, Gesundheitsdienstberufe sowie Textilerhersteller und -verarbeiter mit je 2 000 Erwerbspersonen an der Spitze. Mehr als vier Fünftel aller weiblichen Lehrlinge bereiten sich auf einen dieser Berufe vor.

Eine für Wirtschaftspolitik, Verbände und das berufsbildende Schulwesen gleichermaßen wichtige Frage ist die nach dem Altersaufbau innerhalb der Berufe. Sie hier in allen Einzelheiten zu untersuchen, ist wegen der Vielzahl der Berufsklassen nicht möglich; denn letztlich interessiert ja vor allem der Altersaufbau in bestimmten Berufen oder doch der der kleinsten verfügbaren systematischen Einheit und weniger der von größeren Berufszusammenfassungen, etwa von den schon vielfach genannten Berufsgruppen. Es sollen statt dessen an Beispielen einige typische Fälle vorgestellt werden.

Die Berufswahl richtet sich vor allem nach den Aussichten des einzelnen Berufes, nach den Interessen des Arbeitssuchenden und nach der Bezahlung. Eine besondere Anziehungskraft geht dabei von den sogenannten Modeberufen aus, die keineswegs auch immer die zukunftssichersten sein müssen. Man erkennt sie oft an dem hohen Anteil der

D-3652 Das Lebensalter der Erwerbspersonen ausgewählter Berufe am 6. 6. 1961

Anteile berechnet für 5-Jahresgruppen



Lehrlinge. Als Beispiel seien die Kraftfahrzeughandwerker genannt, von denen 41% Lehrlinge sind. In diesen Berufen arbeiten folglich sehr viele junge Leute. Das Durchschnittsalter der männlichen schleswig-holsteinischen Kraftfahrzeughandwerker beträgt z. B. nur 27 Jahre, was gemessen an dem Durchschnittswert sämtlicher männlicher Erwerbspersonen von 40 Jahren ein recht niedriges Alter ist³.

Der Schneiderberuf erscheint dagegen als ein Beruf mit nur mäßigen Aussichten. Wie noch an anderer Stelle ausgeführt werden wird, haben die veränderten Produktionsbedingungen die Zahl der Schneider von 1950 bis 1961 stark sinken lassen. Nur 1% aller männlichen Schneider befindet sich in der Lehre. Das Durchschnittsalter aller männlichen Schneider liegt daher mit 50 Jahren deutlich über dem der Kraftfahrzeughandwerker wie auch sämtlicher männlicher Erwerbspersonen.

3) Das Durchschnittsalter wurde aus den Angaben für Altersgruppen errechnet; die weniger als 15 Jahre alten Erwerbspersonen wurden der Gruppe 15-20 Jahre zugeschlagen, für die 70 und mehr Jahre alten Erwerbspersonen wurde die Gruppe 70-75 Jahre gebildet

Ähnliche Unterschiede hinsichtlich des Altersaufbaus gibt es auch innerhalb eines Berufes, nämlich für Männer und Frauen. Der Friseurberuf übt z. B. eine starke Anziehung auf junge Mädchen aus, während sich die Männer nur wenig nach ihm drängen. Das zeigt sich zahlenmäßig daran, daß von 100 Friseurinnen 41 in der Lehre sind, von 100 Frisuren dagegen nur 7, und an dem Durchschnittsalter, das bei den Frauen 23 Jahre und bei den Männern 42 Jahre beträgt. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Selbständigen im Friseurgewerbe überwiegend Männer sind; denn die Selbständigen sind im Durchschnitt beträchtlich älter als die abhängig Beschäftigten, erreichen sie doch diese Berufsstellung oft erst im mittleren Lebensalter und stehen sie doch oft auch noch dann im Beruf, wenn die Mehrzahl der Abhängigen schon längst aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist. Wie sehr sich die Berufsstellung auf die Altersverteilung auswirken kann, zeigen die Kurven für die Landarbeiter und die Landwirte.

Die Altersstruktur eines Berufes wird also ganz entscheidend von dem zahlenmäßigen Verhältnis von Selbständigen und abhängig Beschäftigten bestimmt, was wiederum von der Wirtschaftsbranche und der Größe des Betriebes abhängt, in dem der Beruf ausgeübt wird. Auf 100 männliche Selbständige kommen z. B. bei den Kraftfahrzeughandwerkern 1 462, bei den Schneidern 105 und bei den Frisuren nur 68 abhängig beschäftigte Männer.

Ein hohes Durchschnittsalter der Erwerbspersonen läßt keinesfalls immer auf eine "Überalterung" eines Berufes schließen. Es ist vielmehr für manche Berufe durchaus typisch. Niemand wird z. B. erwarten, daß sich junge Leute zu dem Beruf eines Wachtmanes, Pförtners oder Parkwächters drängen. Ein Durchschnittsalter von 54 Jahren für die Wächter kann somit durchaus nicht als außergewöhnlich angesehen werden.

Ähnlich ist die Lage bei den akademischen Berufen. Die lange Ausbildung in Schule und Universität führt zu einem höheren Durchschnittsalter der im Berufsleben stehenden Akademiker. Die Rechtsanwälte und Notare sind z. B. im Durchschnitt 52 Jahre alt. Auch bei den akademischen Berufen wirkt es sich natürlich aus, ob sie vorwiegend in selbständiger oder in abhängiger Stellung ausgeübt werden. Als Beispiel dafür, daß die Untersuchung des Altersaufbaus letzten Endes doch am einzelnen Beruf geführt werden muß, sind der Alterskurve der Rechtsanwälte und Notare die der Ärzte und

Ärztinnen⁴ gegenübergestellt worden. Es zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede.

Vergleich mit der Berufszählung von 1950

1950 wurden noch 117 000 erwerbslose Männer und 56 000 erwerbslose Frauen gezählt, während es 1961 zusammen nur 7 000 waren. Sowohl von den männlichen wie den weiblichen Erwerbspersonen waren damals 17% arbeitslos, 1961 dagegen nur knapp 1%. Es läge nahe, die Erwerbstätigen für einen Vergleich heranzuziehen. Will man jedoch zeigen, wie sich die Bedeutung der einzelnen Berufe im Laufe dieser knapp 11 Jahre gewandelt hat, so ist es besser, als Ausgangspunkt dieser Betrachtung nicht den durch den letzten Krieg bedingten wirtschaftlichen Ausnahmezustand zu wählen, wie er sich 1950 in der geringen Zahl der Erwerbstätigen widerspiegelt. Es sollen daher weiter die Erwerbspersonen betrachtet werden, also die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen zusammen. Ihre Zahl nahm zwischen den beiden Volkszählungen um 1% ab. Dem Rückgang bei den Männern um 4% stand eine Zunahme bei den Frauen um 5% gegenüber⁵.

Der ökonomische Aufschwung in den Jahren zwischen den beiden Volkszählungen ging einher mit einer Umgestaltung unserer heimischen Wirtschaft. Manche Berufe haben einen starken Rückgang zu verzeichnen, manche sind in der kurzen Zeit von 11 Jahren sogar fast ausgestorben; andere hingegen sind erheblich stärker vertreten oder neu entstanden. Aber nicht alle Veränderungen lassen sich aus den Zahlen allein ablesen. Die Berufsbezeichnungen ändern sich z. B. oft nicht so rasch wie die für sie einstmaligen typischen Tätigkeiten. Neben den rein zahlenmäßigen Veränderungen sind auch die qualitativen und strukturellen Wandlungen zu beachten.

Welche Faktoren haben nun zu der heutigen beruflichen Zusammensetzung geführt? Da wäre als erstes die für Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und die privaten und öffentlichen Dienstleistungen gleichermaßen geltende Notwendigkeit zu nennen, im Zuge der Rationalisierung der Produktion die von Jahr zu Jahr knapper und damit teurer werdende menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen. Daneben ist in manchen Bereichen eine Verschiebung von handwerklichen Tätigkeiten auf industrielle Fertigungen zu beobachten, die ebenfalls durch die Knappheit und die hohen Kosten des Produktionsfaktors Arbeit bedingt ist.

4) ohne Zahn- und Tierärzte

5) In diesem Absatz sind die 1961 gezählten Soldaten eingeschlossen

Berufsgruppe	Veränderung gegen 1950	
	absolut	in %
Landwirtschaftliche Berufe, Tierzüchter, Gartenbauer	- 75 700	- 45
Ungelernte Hilfskräfte ohne Hilfsarbeiter im Verkehr, Lager und Versand	- 34 400	- 65
Hauswirtschaftliche Berufe	- 22 400	- 49
Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft	- 15 400	- 20
Textilhersteller, -verarbeiter, Handschuhmacher	- 10 700	- 30
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	- 7 800	- 29
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	- 6 200	- 49
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	- 4 700	- 53
Nahrungs- und Genußmittelhersteller, Diätassistentin	- 4 400	- 12
Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf	- 3 000	- 51
Dienst- und Wachberufe	- 2 100	- 24
Bergleute, Mineralgewinner, -aufbereiter, -brenner	- 1 800	- 49
Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher (ohne Mineralbrenner)	- 300	- 5
Übrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens, Mathematiker	- 100	- 7
Technische Sonderfachkräfte, Physiko-Techniker (ohne technische Zeichner)	+ 0	+ 1
Sozialpflegeberufe	+ 100	+ 6
Seelsorger	+ 300	+ 27
Rechtswahrer (ohne Justitiar, Syndikus)	+ 300	+ 16
Kunststoffverarbeiter	+ 500	+ 371
Künstlerische Berufe, technische Zeichner (ohne Berufssportler)	+ 600	+ 9
Verkehrsberufe, Hilfsarbeiter (Verkehr)	+ 700	+ 1
Papierhersteller und -verarbeiter	+ 1 500	+ 73
Gesundheitsdienstberufe (ohne Diätassistentin)	+ 1 600	+ 8
Chemiewerker	+ 1 800	+ 55
Ordnungs- und Sicherheitswahrer	+ 2 000	+ 34
Körperpfleger	+ 2 300	+ 32
Gaststättenberufe	+ 2 300	+ 26
Maschinisten und zugehörige Berufe	+ 2 300	+ 27
Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	+ 2 400	+ 47
Erziehungs- und Lehrberufe, Berufssportler	+ 2 600	+ 16
Elektriker	+ 3 400	+ 22
Bauberufe	+ 5 100	+ 8
Handelsberufe	+ 6 300	+ 6
Warenachseher, Versandfertigtmacher und Lagerverwalter, Hilfsarbeiter (Lager und Versand)	+ 8 700	+ 34
Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe (ohne Physiko-Techniker und Mathematiker)	+ 9 300	+ 89
Reinigungsberufe	+ 12 600	+ 96
Metallerzeuger und -bearbeiter; Schlosser, Mechaniker, Schmiede und verwandte Berufe	+ 14 600	+ 19
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	+ 14 900	+ 118
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe, Justitiar, Syndikus	+ 43 500	+ 60

Als ein weiterer wichtiger Grund erwies sich die unterschiedliche Entlohnung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Arbeit, die zu der vielbesprochenen Flucht aus der Landwirtschaft beitrug und damit letzten Endes die Landwirtschaft zu immer rationellerer Arbeit zwang⁶. Wichtige Impulse gingen auch von der Nachfrageseite aus, und zwar nicht nur von der Nachfrage nach Waren; auch die Nachfrage nach Dienstleistungen nimmt im Zuge der wachsenden Realeinkommen immer mehr zu.

Am augenscheinlichsten wird die steigende Mechanisierung und Automatisierung an der Zunahme der Zahl der Ingenieure und Techniker sowie der Maschinisten und an dem Rückgang der Hilfsarbeiter und der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sichtbar. Die Ingenieure und Techniker haben seit 1950

um 9 300⁷ zugenommen, das ist ein Anstieg um 89%. Die Zahl der Maschinisten erhöhte sich um 2 300, das sind 27%.

Die oben erwähnten qualitativen Wandlungen treffen besonders für die Hilfsarbeiter zu, die 1961 ganz andere Funktionen zu erfüllen hatten als 1950. Gegenüber damals wurden 34 400 Hilfsarbeiter weniger ermittelt - ungeachtet derjenigen, die im Verkehr oder in Lager und Versand tätig sind. Dieser Rückgang beträgt 65% der Ausgangszahl.

In der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei wurden 95 900 Erwerbspersonen weniger beschäftigt. Davon waren 69 000 Landarbeiter, 15 400 mithelfende Familienangehörige, 2 600 Waldarbeiter und 1 900 Fischer.

Die Expansion verläuft in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich; auch der

6) Vergleiche hierzu: "Löhne und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 174 ff. (Juni)

7) Im Gegensatz zu den vorigen Abschnitten werden die Zahlenangaben nun auf Hundert genau angegeben

Grad der Mechanisierung wechselt von Branche zu Branche. Die Mechanisierung und Automatisierung hat in einigen Branchen zu einer Zunahme der Beschäftigten, in anderen zu einer zum Teil erheblichen Abnahme geführt. In der aufstrebenden Kunststoffindustrie hat sich die Zahl der Kunststoffverarbeiter verfünffacht, in der Chemie die Zahl der Chemiker um mehr als die Hälfte erhöht. Starke Zuwachs haben auch die Elektriker erfahren, deren Zahl um 3 400 (22%) anstieg. Die zunehmende Elektrifizierung, die starke Bautätigkeit und die wachsende Nachfrage der Haushalte nach elektrischen Geräten sind die Ursache dafür. Auch die Bauberufe haben weiter an Bedeutung gewonnen; jedoch ist hier die Entwicklung nicht gleichmäßig verlaufen. Die Maurer haben z. B. um 4 000 zugenommen, ebenfalls starke Zunahmen sind bei den Betonbauern (+ 1 400) und Eisenbiegern (+ 300), den Bauausstattern, etwa den Fliesenlegern (+ 900) festzustellen, während Zimmerer, Dachdecker und Tiefbauer starke Einbußen zu verzeichnen haben. Daß auch im Baugewerbe stark mechanisiert worden ist, ersieht man aus dem Rückgang der Bauhilfsarbeiter, die hier nicht in den Zahlen der Bauberufe enthalten sind. Um 7 400 Erwerbspersonen sind die Bauhandlanger, Baustättenarbeiter und Erdbewegungsarbeiter zurückgegangen.

Abgenommen haben dagegen die Textilhersteller und -verarbeiter um 10 700 (30%), Die Holzverarbeiter um 7 800 (29%), die Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter um 6 200 (49%), die Nahrungs- und Genussmittelhersteller um 4 400 (12%) und die Mineralgewinner und -aufbereiter um 1 800 (49%).

Untersucht man die Veränderungen etwas genauer, so erkennt man, wie durch die zunehmende Mechanisierung bestimmte Berufe immer mehr an Bedeutung verlieren, und zwar nicht nur deshalb, weil die Maschinen Arbeitskräfte einsparen, sondern auch, weil sie andere Anforderungen an die Erwerbstätigen stellen.

So ist die Zahl der Schneider in 11 Jahren um 8 200 (54%), der Bau- und Möbeltischler um 2 800 (17%), der Schuhmacher um 4 000 (62%) und der Bäcker um 2 900 (32%) gefallen. Eine Reihe anderer Berufe hat durch die veränderte Nachfrage viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung eingebüßt. Das gilt z. B. für die Stellmacher, deren Aufgabenkreis durch die zunehmende Modernisierung in der Landwirtschaft immer kleiner wird. Gegenüber 1950 wurden 1 900 (68%) Stellmacher weniger gezählt.

Der Mechanisierung sind in vielen Bereichen der Wirtschaft enge Grenzen gesetzt. Das

gilt ganz besonders für das Dienstleistungsgewerbe, den Handel und die Verkehrsbetriebe, obwohl auch dort durch Selbstbedienung und durch verschiedene andere Maßnahmen versucht wird, Personal einzusparen. In den Handelsberufen stieg die Zahl der Erwerbspersonen zwischen den beiden Volkszählungen um 6 300 (6%), in den Gaststättenberufen um 2 300 (26%). Diese Zahlen geben die tatsächlichen Veränderungen jedoch nur unvollkommen wieder. Ein großer Teil des Zuwachses von 14 900 mithelfenden Familienangehörigen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft (118%), die leider nicht weiter unterteilt wurden, übt seine Tätigkeit in diesen Berufen aus.

Eine ähnlich starke Zunahme wie bei diesen mithelfenden Familienangehörigen zeigt sich für die Reinigungsberufe. Hier wurden 12 600 Erwerbspersonen mehr gezählt (96%), davon 8 000 Raumpflegerinnen und Hausratreinerinnen und 2 800 Wäscher, Plätter und Bügler. Die gegen Entgelt verrichtete hauswirtschaftliche Tätigkeit hat dagegen erheblich an Anziehungskraft verloren, wie der Rückgang der Hauswirtschaftshelfer und der Erwerbspersonen in hauswirtschaftsführenden und -beratenden Berufen um 22 400 (49%) beweist. Weitere Berufe des Dienstleistungssektors, die an Bedeutung verloren haben, sind die Dienst- und Wachberufe mit einer Abnahme der Erwerbspersonenzahl um 2 100 (24%).

Zugenommen hat dagegen die Zahl der Körperpfleger, und zwar um 2 300 (32%). Der größte Teil des Zuwachses, nämlich 2 100 Personen, entfällt auf die Friseure. Heute wird eben mehr Geld für ein gepflegtes Äußeres aufgewandt als in der Wiederaufbauzeit. Für die Männer hat der Friseurberuf in den letzten 11 Jahren allerdings viel von seiner Attraktivität verloren, was der Rückgang um ein Drittel beweist. Dafür hat sich die Zahl der Friseurinnen um 3 600 erhöht. Während das Verhältnis von Frauen zu Männern in diesem Beruf damals noch 1 : 2 betrug, lautete es 1961 schon 2 : 1.

Immer mehr Bedeutung erlangt haben die Verwaltungs- und Büroberufe, in denen 1961 43 500 Personen mehr tätig waren als 1950; das entspricht einem Anstieg um 60%. Die Notwendigkeit des vermehrten Verwaltens und Organisierens ergibt sich nicht nur für den Staat, sondern wegen der ständigen Zunahme der Betriebsgrößen, der Arbeitsteilung und Mechanisierung auch für die freie Wirtschaft. Ebenfalls gestiegen ist die Zahl der Erziehungs- und Lehrpersonen, und zwar um 2 600 (16%). Für die Ordnungs- und Sicherheitswahrer, also die Polizei, den Bundesgrenzschutz und die Feuerwehr

ist eine Zunahme um 2 000 Erwerbspersonen (34%) festzustellen.

Begriffe und Methoden

Das der Auszählung der Berufe zugrunde liegende systematische und alphabetische Verzeichnis der Berufsbenennungen "Klassifizierung der Berufe", Ausgabe 1961, unterscheidet

- 8 Berufsabteilungen,
- 41 Berufsgruppen,
- 150 Berufsordnungen,
- 437 Berufsklassen.

Dem Verzeichnis können Angaben zur Methode und über den Inhalt der Berufsklassen, Berufsordnungen usw. entnommen werden.

Für den Vergleich der Ergebnisse von 1950 und 1961 ist folgendes zu beachten:

Die Erwerbspersonen wurden bei der Berufszählung 1961 nach dem Erwerbskonzept ermittelt, bei der Berufszählung 1950 dagegen nach dem Hauptberufskonzept, nach dem außer den

Erwerbslosen nur diejenigen Personen als Erwerbspersonen gezählt wurden, die einen Hauptberuf ausübten. Nach dem neuen Begriffsinhalt wurden mehr Erwerbspersonen erfaßt als früher. Die Abweichung ist bei den Frauen größer als bei den Männern, ebenso ist die Abweichung in der Land- und Forstwirtschaft größer als bei den übrigen Wirtschaftsabteilungen und bei den mithelfenden Familienangehörigen größer als bei den anderen Stellungen im Beruf.

Die angeführten Vergleichszahlen geben daher zum Teil nur eine ungefähre Vorstellung über die Entwicklung innerhalb der einzelnen Berufe.

Der Zahlenvergleich geschah an Hand eines vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Umsteigeschlüssels, der "Gegenüberstellung der berufssystematischen Einheiten von 1961 mit denen von 1950". Als Folge der geänderten Berufssystematik weichen manche der für den Vergleich angeführten Berufsgruppen inhaltlich von den gleichlautenden Berufsgruppen ab, die an anderer Stelle des Aufsatzes genannt sind. Die Unterschiede sind leicht zu erkennen, wenn man Tabelle 3 mit Tabelle 4 vergleicht. Für die Berufsgruppe "Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe" konnte nur eine unvollkommene Vergleichbarkeit erreicht werden.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Finanzausgleich

In einem förderativ organisierten demokratischen Staatswesen, wie es die Bundesrepublik darstellt, haben die einzelnen Ebenen - Bund, Länder, Gemeinden - eine gewisse politische Selbständigkeit. Zur Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit ist es notwendig, daß sie über eine eigene Finanzwirtschaft verfügen, d. h. über Mittel, die dem Umfang ihrer Aufgaben angemessen sind und über deren Verwendung sie selbständig entscheiden können. Das hat zur Folge, daß bestimmte Regeln über die Verteilung sowohl der Aufgaben als auch der Einnahmen aufgestellt werden müssen. Diese Regeln sind der Finanzausgleich im weitesten Sinne. Hier soll nur eine Seite des Finanzausgleichs, die Verteilung der Einnahmen und die selbständige Finanzwirtschaft der einzelnen Ebenen angesprochen werden.

Die Grundlage für eine selbständige Finanzwirtschaft kann auf verschiedene Weise geschaffen werden. Die beiden Extreme sind das Trennsystem auf der einen und das Verbundsystem auf der anderen Seite. Unter dem Verbundsystem ist die Aufteilung aller Einnahmen oder Steuern nach einem bestimmten Schlüssel zu verstehen; das Trennsystem bedeutet demgegenüber, daß jede Ebene seine eigenen Steuern hat. Letzteres wurde ursprünglich in der Bundesrepublik angewandt.

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Steuern und die Umverteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden brachten es jedoch mit sich, daß Änderungen vorgenommen werden mußten. Anstelle des Trennsystems ist heute ein Mischsystem getreten, in dem aber immer noch das Trennsystem vorherrscht. Das optimale System ist aber damit noch nicht erreicht worden, vielmehr ist die Verteilung der Steuereinnahmen auch weiterhin unbefriedigend. Besonders für die Gemeindeebene wird schon länger an Reformen gearbeitet. In jüngster Zeit hat sich der sogenannte Träger-Ausschuß damit beschäftigt. Den Gemeinden, deren Einnahmeseite entscheidend von der konjunkturrempfindlichen Gewerbesteuer abhängt, sollen neue Steuerquellen erschlossen werden. Man denkt u. a. daran, die Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer zu beteiligen und dafür die Gewerbeertragsteuer fortfallen zu lassen.

Aber selbst ein optimales Steuersystem wird eine den Aufgaben entsprechende Verteilung der Steuern nicht erreichen können. Es wird immer Steuerkraftunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und noch mehr zwischen den Gemeinden geben. Zu ihrer Beseitigung ist ein Ausgleich - ein Finanzausgleich im engeren Sinne - notwendig. Für

die Bundesländer ist dieser, horizontaler Finanzausgleich genannte, Ausgleich im Grundgesetz und in einem speziellen Länderausgleichsgesetz festgelegt. Danach "ist ein angemessener finanzieller Ausgleich zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Ländern sicherzustellen" (Artikel 107 (2) GG). Diejenigen Länder, deren Steuerkraftmeßzahl (= Steuereinnahmen des Landes und Realsteuern der Gemeinden) größer ist als ihre Ausgleichsmeßzahl (= bundesdurchschnittliche Steuerkraftmeßzahl je Einwohner mal "veredelte" Einwohnerzahl des Landes) sind ausgleichspflichtig und diejenigen, deren Steuerkraftmeßzahl 95% der Ausgleichsmeßzahl nicht erreicht, ausgleichsberechtigt (§ 2, Länderfinanzausgleichsgesetz 1965). Durch diese Umverteilung wird erreicht, daß die Finanzkraft der ausgleichsberechtigten Länder etwa auf 90% der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder angehoben wird.

Für den Ausgleich zwischen einem Land und seinen Gemeinden und den Gemeinden und Gemeindeverbänden untereinander - dem kommunalen Finanzausgleich - gelten spezielle Länderregelungen.

Der Länderfinanzausgleich für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein gehört seit Einführung des Länderfinanzausgleichs (1950) zu den ausgleichsberechtigten Ländern. Es nahm dabei von Anfang an eine Sonderstellung ein, die damals vor allem auf die verhältnismäßig große Flüchtlingszahl zurückzuführen war. Aber auch heute noch kann Schleswig-Holstein zur Abgeltung der übermäßigen Belastung von seinem Steueraufkommen vor Berechnung der Steuerkraftmeßzahl einen bestimmten Betrag abziehen. Seit dem Ausgleichsjahr 1962 sind dies 30 Mill. DM.

Schleswig-Holstein hat im ersten Jahr des Länderfinanzausgleichs 83,7 Mill. DM erhalten und 1964 über 360 Mill. DM, also mehr als viermal soviel. Für 1966 erwartet man 383 Mill. DM. Wegen der angespannten Haushaltslage hat Schleswig-Holstein darüber hinaus erstmals für 1966 Ergänzungszuweisungen vom Bund beantragt (Artikel 107 (2) Satz 3 GG).

Das Gewicht des Länderfinanzausgleichs ist an seiner Relation zum Landessteueraufkommen erkennbar. Diese Relation machte bisher immer mindestens 40% aus, wird aber nach den Schätzungen des Landeshaushaltsplanes 1966 erstmals unter diesem Wert liegen. Im Jahre 1950 belief sie sich auf fast 50% und stieg wellenförmig bis 1957, als sie beinahe 90% erreichte, also die

Länderfinanzausgleich für Schleswig-Holstein

Jahr	Einnahmen aus			
	Landessteuern	Länderfinanzausgleich		
	Mill. DM	in % der Landessteuern	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
1950	171	84	49	.
1951	192	111	58	+ 32
1952	221	113	51	+ 2
1953	232	141	61	+ 26
1954	247	139	56	- 1
1955	253	211	83	+ 51
1956	302	237	78	+ 12
1957	332	291	88	+ 23
1958	386	271	70	- 7
1959	463	254	55	- 6
1961	659	306	46	.
1962	728	341	47	+ 11
1963	791	387	49	+ 13
1964	856	360	42	- 7
1965	917	370 ^a	40	+ 3
1966 ¹	1 001	383	38	+ 4

1) nach Haushaltsentwurf

a) vorläufiges Ergebnis

Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich fast so hoch wie das Landessteueraufkommen waren. Am beachtlichsten ist der Sprung von 1954 auf 1955. Das hängt jedoch mit der Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes zusammen. Damals wurden nämlich erstmals die Leistungen des Länderfinanzausgleichs nur nach der Steuerkraft bemessen. Seit 1957 ist die Relation rückläufig, was an der günstigeren Entwicklung des Steueraufkommens in Schleswig-Holstein gegenüber den anderen Bundesländern liegt.

Das Länderfinanzausgleichsgesetz basiert, unter dem Gesichtspunkt, daß die Einnahmen eines Landes und seiner Gemeinden eng miteinander verbunden sind, auf den Steuereinnahmen des Landes und der Realsteuer der Gemeinden. Die Ausgleichswirkung des Länderfinanzausgleichs läßt sich daher durch eine Zusammenfassung von Finanzausgleich, Landes- und Gemeindesteuern verdeutlichen.

Im Bundesdurchschnitt ergibt sich beispielsweise für 1955 ein Landes- und Gemeindesteueraufkommen von 315 DM je Einwohner und in Schleswig-Holstein von 194 DM; durch den Länderfinanzausgleich erhöht sich der Betrag auf 286 DM, bleibt aber immer noch um fast ein Zehntel unter dem Bundesdurchschnitt. Ähnlich ist die Relation 1959. Auch 1964 wurde die Finanzkraft Schleswig-Holsteins nur auf 91% des Bundesdurchschnitts angehoben.

	Alle Länder	Schleswig-Holstein	
	Landes- und Gemeindesteuern	Landes- und Gemeindesteuern	Landes-/ Gemeindesteuern und Finanzausgleich
	- in DM je Einwohner -		
1950	187	114	146
1955	315	194	286
1959	473	331	442
1964	747	530	680

Der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein

Der Grundgedanke des kommunalen Finanzausgleichs ist in der Landessatzung für Schleswig-Holstein festgelegt. Danach fließen den Gemeinden und Gemeindeverbänden bestimmte Steuern zu (Artikel 41), die für steuerschwache Gemeinden und Gemeindeverbände durch einen Finanzausgleich ergänzt werden (Artikel 42). Aber schon vor Inkrafttreten der Landessatzung (1950) wurde der kommunale Finanzausgleich durch Gesetze geregelt, und zwar erstmals für das Rechnungsjahr 1947. Als wesentliche Stationen in der weiteren Gesetzgebung seien hier erwähnt: 1948 Berücksichtigung der Steuerkraftunterschiede; 1951 treten neben die allgemeinen Schlüsselzuweisungen die Sonderschlüsselzuweisungen, die besonders steuerschwachen Gemeinden zugute kommen; 1955 Neufassung des Gesetzes, Einführung der Verbundwirtschaft; danach stellt das Land

den Gemeinden als Finanzausgleichsmasse 21% seines Steueraufkommens (außer der Vermögensteuer) zur Verfügung. Zur Zeit hat das Finanzausgleichsgesetz von 1955 in der Fassung des vierten Änderungsgesetzes von 1964 Geltung. Das Gesetz von 1964, bekannt unter dem Namen "Schlegelbergerplan", hat für die Gemeinden entscheidende Änderungen gebracht. So erhalten die Gemeinden seit 1965 60% des Kraftfahrzeugsteueraufkommens*, das bis dahin dem Lande zufließt. Ferner wurde ein Investitionsfonds angelegt, aus dem die Gemeinden Zinszuschüsse für besondere Vorhaben erhalten.

Als einschneidendste Neuerung im kommunalen Finanzausgleich muß die Einführung der Verbundwirtschaft im Jahre 1955 angesehen werden. Bis zum Jahre 1955 beschloß der Landtag jährlich, wieviel den Gemeinden und Gemeindeverbänden als Finanzausgleich zur Verfügung gestellt wurde. Jetzt wurde eine prozentuale Verbindung mit bestimmten Landeseinnahmen hergestellt und damit "der Tatsache Rechnung (getragen), daß die Erfüllung (öffentlicher) Aufgaben unteilbar ist ... Auch der Finanzausgleich als Ergänzung der eigenen Finanzkraft der Gemeinden (Gemeindeverbände) sollte sich daher der jeweiligen - positiven oder negativen - Entwicklung des Aufkommens der Einnahmequellen des Landes anpassen und so die Aufgabengemeinschaft durch eine finanzwirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft ergänzen" heißt es im Entwurf zum Finanzausgleichsgesetz 1955 (Schleswig-holsteinischer Landtag,

Finanzausgleichsmasse

Jahr	Finanzausgleichsmasse insgesamt	davon						
		Schlüsselzuweisungen	Grundsteuer- ausfall- entschädigung	Zuschüsse für den Straßenbau	Zuschüsse zu den Krankenhausbaukosten	Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen	Amts- dotation	Sonstiges ¹
Mill. DM								
1955	45,9	32,8	1,5	5,9	-	2,0	1,5	2,1
1956	60,0	43,1	1,4	8,3	-	2,8	1,5	2,9
1957	78,6	59,6	1,4	11,0	-	2,8	1,5	2,4
1958	87,8	66,0	1,3	12,6	2,1	2,9	1,5	1,5
1959	99,6	77,1	1,2	14,6	2,4	2,6	1,5	-
1961	122,5	93,5	1,1	16,6	3,0	4,4	2,0	1,9
1962	207,3	164,0	0,9	29,3	5,2	4,3	2,0	1,6
1963	183,2	143,0	0,5	27,7	4,5	3,8	2,0	1,6
1964	195,5	153,8	0,3	29,7	4,9	4,8	2,0	-
1965 ²	207,4	154,7	0,2	31,0	4,6	7,0	2,0	7,9

1) 1955 - 1958 Zuschüsse zur Kriegsschädenbeseitigung
 1961 - 1963 Gewerbesteuerausgleichsergänzung mit Hamburg
 1965 Zinszuschüsse = 3 Mill. DM, Gewerbesteuerausgleichsergänzung mit Hamburg = 4,9 Mill. DM

2) Ansatzzahlen

*) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1964; Seite 289 (Dezember)

3. Wahlperiode, Drucksache Nr. 133, Seite 24). Schleswig-Holstein tat damit einen Schritt, der durch die Änderung des Artikels 106 (6) GG im Jahre 1956 erst ab 1958 für alle Länder obligatorisch eingeführt wurde. Überdies schreibt das Grundgesetz den Verbund nur für die Einkommen- und Körperschaftsteuer vor und überläßt den Ländern die Höhe des Satzes. Schleswig-Holstein stellt seinen Gemeinden als Finanzausgleichsmasse 21% vom Aufkommen der Landessteuern (ohne Vermögensteuer) und 21% von dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, das dem Land nach Abzug des Bundesanteils verbleibt, zur Verfügung. Die Finanzausgleichsmasse vermehrt sich - eine Verminderung ist bisher noch nicht vorgekommen - darüber hinaus um 21% des Betrages, den das Land über den Betrag des Länderfinanzausgleichs von 1955 erhält.

Die Finanzausgleichsmasse entwickelt sich daher seit 1955 parallel zu den Steuer- und Länderfinanzausgleichseinnahmen des Landes, wenn auch oft mit einer Verzögerung von einem oder einmal sogar von zwei Jahren, da dem jeweiligen Finanzausgleich Schätzungen zugrunde liegen, die zum Zeitpunkt des rechnerischen Abschlusses korrigiert werden. Sie hat sich seit 1955, als sie knapp 46 Mill. DM ausmachte, bis 1964 mehr als vervierfacht. Besonders auffallend ist der Sprung von 1961 auf 1962. Diese kräftige Zunahme ist jedoch nicht ganz echt, da sie unter anderem auf die zu niedrig bemessenen Ansätze für das Steueraufkommen und den Länderfinanzausgleich der Jahre 1960 und 1961 zurückzuführen ist, deren Abrechnung zu einer beachtlichen Erhöhung führte. Aus diesem Grunde ist auch die Masse von 1963 als der normalen Entwicklung entsprechend anzusehen. Zu der für 1965 vorgesehenen Ausgleichsmasse ist zu bemerken, daß in ihr 30% des Kraftfahrzeugsteueraufkommens als Verbund nicht mehr enthalten sind, da diese den Gemeinden direkt zufließen. Außerdem sind neben dem Steuerverbund noch zusätzlich

3 Mill. DM für den sogenannten Investitionsfonds der Gemeinden enthalten.

Die Wirkung des kommunalen Finanzausgleichs hat sich besonders in den letzten Jahren verstärkt. Im Jahre 1955 machte die Finanzausgleichsmasse nur ein Viertel des Gemeindesteueraufkommens aus, 1959 und 1961 mehr als ein Drittel, 1962 sogar sechs Zehntel und seit 1963 jeweils fast die Hälfte. Diese Entwicklung und die auffallend hohe Relation 1962 ist vor allem auf die Haupteinnahmequelle der Gemeinden, die Gewerbesteuer, zurückzuführen, die nicht so kräftig zunahm wie die Landes- und Bundessteuern und darüber hinaus durch die Heraufsetzung der Freigrenzen beschnitten wurde.

Der größte Posten der Finanzausgleichsmasse wird für die Schlüsselzuweisungen verwendet. Ihr Anteil macht seit 1955 immer etwa drei Viertel aus. Damit erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände den Hauptteil des Finanzausgleichs als sogenannte allgemeine Finanzausgleichszuweisung, d. h. die Zuweisungen sind nicht zweckgebunden, sondern können wie eigene Steuereinnahmen nach den Wünschen der Gemeinde verwendet werden. Im Gegensatz zu den Schlüsselzuweisungen, die direkt von der Finanzausgleichsmasse abhängen, sind für andere Finanzausgleichszuweisungen feste Beträge vorgeschrieben. Das Finanzausgleichsgesetz 1964 (ab 1965) sieht an festen Beträgen eine Amtsdotation in Höhe von 2 Mill. DM, eine Grundsteuerausfallentschädigung, eine Ergänzung des Gewerbesteuerausgleichs mit Hamburg und Zinszuschüsse für den Investitionsfonds in Höhe des erforderlichen Betrages sowie Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen in Höhe von 7 Mill. DM vor. Der verbleibende Betrag wird nach festen Sätzen aufgeteilt. So erhalten die kreisangehörigen Gemeinden 37,7% als Schlüsselzuweisungen, die kreisfreien Städte 14,2% und die Kreise 29,4%. Außerdem werden 16,3% als Zuschüsse zu den Straßenbaulasten an die Kreise und Gemeinden verteilt und der Rest (2,4%) als Zuschuß für die Krankenhauslasten verwendet.

Die Wirkung des kommunalen Finanzausgleichs

Jahr	Gemeindesteuern	Finanzausgleich	Finanzausgleich und
			Gemeindesteuern
DM je Einwohner			
1955	84	20	104
1959	128	44	172
1961	146	53	199
1962	149	89	238
1963	161	78	239
1964	172	82	254
1965	174	(86)	(259)

Die Schlüsselzuweisung für jede kreisangehörige Gemeinde wird nach der durchschnittlichen Ausgabenbelastung (Ausgangsmeßzahl) unter Gegenüberstellung der eigenen Steuereinnahmen (Steuerkraftmeßzahl) berechnet. Ist die Steuerkraftmeßzahl kleiner als die Ausgangsmeßzahl, so erhält die Gemeinde die Hälfte des Unterschiedbetrages als Schlüsselzuweisung. Darüber hinaus erhalten die Gemeinden Sonderschlüsselzuweisungen, wenn ihre Steuerkraftmeßzahl unter einem bestimmten Betrag liegt. Die Ausgangsmeßzahl setzt sich aus verschiedenen Ansätzen

zusammen: einmal den sogenannten Hauptansatz, der die Einwohnerzahlen nach der Gemeindegröße gewichtet, den Grenzlandansatz, den Zonengrenzansatz und den Bäderansatz. Zur Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl werden die Grundsteuern, die Grundsteuerausfallentschädigung, die Gewerbesteuer und 60% des örtlichen Kraftfahrzeugsteueraufkommens nach einem bestimmten Verfahren gewichtet.

Für die kreisfreien Städte wird keine besondere Berechnung durchgeführt. Der auf sie entfallende Anteil der Schlüsselzuweisungen wird prozentual verteilt. Danach erhält Flensburg 14,2%, Kiel 38,3%, Lübeck 38,4% und Neumünster 9,1%.

Die Schlüsselzuweisungen an die Kreise werden nach einem ähnlichen Verfahren wie für die kreisangehörigen Gemeinden berechnet. Hier wird die Umlagekraftmeßzahl der Ausgangsmeßzahl gegenübergestellt. Ist die Umlagekraftmeßzahl kleiner als die Ausgangsmeßzahl, so erhält der Kreis die Hälfte des Unterschiedbetrages als Schlüsselzuweisung. Darüber hinaus erhalten die Kreise Sonder-schlüsselzuweisungen, wenn ihre Umlagekraftmeßzahl unter einem bestimmten Betrag liegt. Bei der Ausgangsmeßzahl werden ebenfalls ein Hauptansatz, ein Grenzlandansatz, ein Zonengrenzansatz und außerdem ein Inselansatz, aber nicht ein Bäderansatz berücksichtigt. Die Umlagekraftmeßzahl eines Kreises wird aus den Steuerkraftzahlen und 65% der allgemeinen Schlüsselzuweisungen seiner Gemeinden berechnet. Es wird nur die Hälfte der Umlagegrundlagen in Ansatz gebracht.

Die Insel Helgoland nimmt eine Sonderstellung ein. Um ihren Wiederaufbau zu fördern und die Wirtschaftsstruktur zu verbessern, erhält sie bis auf weiteres unabhängig von ihrer Steuerkraft eine allgemeine Finanzzuweisung. In den letzten Jahren waren das 300 000 DM.

Die Grundsteuerausfallentschädigung erhalten solche Gemeinden, deren Grundsteueraufkommen durch Kriegseinwirkungen und Demontage noch immer beeinflusst wird. Ihr Betrag geht daher laufend zurück. Im Jahre 1955 wurden noch 1,5 Mill. DM ausgezahlt, für 1965 sind nur noch 0,2 Mill. DM vorgesehen.

Bis zum Jahr 1965 zahlte das Land Schleswig-Holstein eine Ergänzung zum Gewerbesteuerausgleich mit Hamburg, da die Pauschalleistung von Hamburg für den nach schleswig-holsteinischem Gesetz zu leistenden Höchstbetrag nicht ausreichte. In diesem Jahr ist kein Betrag mehr vorgesehen, da der Pauschbetrag von Hamburg entsprechend erhöht wurde.

Neben diesen allgemeinen Finanzzuweisungen spielen die Zweckzuweisungen eine nicht so große Rolle. Den größten Posten unter ihnen machen die Zuschüsse für den Straßenbau aus. Für Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten werden für die Instandsetzung und Unterhaltung 2 500 DM und 3 500 DM pro km jährlich zur Verfügung gestellt. Für die Gemeindestraßen erhalten die kreisangehörigen Gemeinden einen schlüsselmäßigen Betrag. Die Zuschüsse für den Straßenbau haben sich seit 1955 mehr als verfünffacht. Sie sollten 1965 31 Mill. DM ausmachen. Daneben werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des Finanzausgleichs Zuschüsse zu den Krankenhauslasten gezahlt. Als Maßstab gilt die bereitgestellte Bettenzahl. Im Jahre 1965 sollten 4,7 Mill. DM verteilt werden.

Diese Zweckzuweisungen werden jährlich, ohne daß ein Bedarf besonders nachgewiesen werden muß, verteilt. Es gibt jedoch auch solche, bei denen er nachgewiesen werden muß. Diese Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen werden gewährt, wenn sich trotz Ausschöpfung aller anderen Einnahmen ein Haushaltsfehlbetrag nicht vermeiden läßt, oder sich die Gemeinde (der Gemeindeverband) in einer außergewöhnlichen Lage befindet. Im Jahre 1955 wurden für diese Zuweisungen 2 Mill. DM aufgewendet, 1965 sind 7 Mill. DM vorgesehen.

Eine Sonderstellung nimmt der mit dem Finanzausgleichsgesetz 1964 eingerichtete Investitionsfonds ein. Aus ihm erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände über einen Zeitraum von sechs Jahren Zinszuschüsse für Darlehen im Gesamtbetrag von jährlich 50 Mill. DM. Damit werden wirtschaftsfördernde Maßnahmen subventioniert, so unter anderem der Straßenbau, der Erwerb und die Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten, der Ausbau und die Modernisierung von kommunalen Häfen und die Förderung des Fremdenverkehrs. Im Landeshaushaltsplan 1965 wurden 3 Mill. DM bereitgestellt.

Neben den im Finanzausgleichsgesetz festgelegten Zuweisungen erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände noch andere Zuweisungen, die zumeist für besondere Vorhaben gezahlt werden. Diese Zuweisungen erreichten zwischen 1955 und 1959 die gleiche Höhe wie die Finanzausgleichsmasse; seit 1961 ist die Finanzausgleichsmasse größer. Insgesamt erhielten die Gemeinden und Gemeindeverbände 1964 vom Land 351,4 Mill. DM Zuweisungen. In diesen Landeszuweisungen waren Bundesmittel in Höhe von 39,4 Mill. DM enthalten, die das Land im Auftrage des Bundes weiterleitete. Den Hauptbetrag, nämlich 195,5 Mill. DM stellt die Finanzaus-

gleichsmasse. Die übrigen Zuweisungen (156 Mill. DM) wurden vor allem für die Bereiche Unterricht - darunter hauptsächlich für Volksschulen -, soziale Angelegenheiten, Wasserwirtschaft und allgemeine Förderung der Landwirtschaft verwandt.

Aber auch die Gemeinden und Gemeindeverbände steuern umgekehrt einen wenn auch kleinen Betrag zum Landeshaushalt bei. In der Hauptsache handelt es sich dabei um den Schulbeitrag, der einen Beitrag zu den vom Land gezahlten Lehrergehältern darstellt. Er wird nach den für den Finanzausgleich geltenden Steuerkraftmeßzahlen berechnet. Im Jahre der Einführung, 1957, zahlten die Gemeinden und Gemeindeverbände 14,8 Mill. DM und 1964 schon 23,5 Mill. DM. Das Finanzausgleichsgesetz 1964 sieht einen 50%igen Zuschlag auf die bisherigen Leistungen vor, um für das Land die 60%ige Überlassung des Kraftfahrzeugsteueraufkommens tragbarer zu machen. Daher wurde für die Jahre 1965 ein Schulbeitrag von 38,2 Mill. DM und für 1966 ein solcher von 41,8 Mill. DM berechnet.

Interkommunaler Finanzausgleich in Schleswig-Holstein

Nicht nur zwischen den Ländern und zwischen einem Land und seinen Gemeinden, sondern auch zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden untereinander findet ein Finanzausgleich statt. Hier erstreckt er sich sogar auf die Aufteilung der Gemeindesteuern. Bei den Ländern ist dies nicht notwendig, da man unterstellen kann, daß sich die Überschneidungen durch die große Zahl wieder ausgleichen. So wird beispielsweise ein Einkommensteuerpflichtiger immer an seinem Wohnort veranlagt; es spielt also keine Rolle, wo er während des Veranlagungsjahres gewohnt hat. Anders ist es bei der Gewerbe- und Grundsteuer. Diese Steuern stehen immer der Gemeinde zu, wo sich der Betrieb oder das Grundstück befindet.

Bei der Gewerbesteuer wird ein zweifacher Ausgleich durchgeführt. Einmal der Gewerbesteuererlegung und zum anderen die Gewerbesteuererlegung. Der Gewerbesteuererlegung berücksichtigt, daß häufig die Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nicht am Ort des Betriebes haben. Das würde zu einer ungerechten Belastung führen, da die Betriebsgemeinden die Einnahmen, zu der der Arbeitnehmer beiträgt, kassieren könnten, und die Wohngemeinden die Ausgaben für Schulen, Straßen und andere Gemeinschaftseinrichtungen tragen müßten. Deshalb legt ein Landesgesetz fest, daß die Betriebsgemeinden an die Wohngemeinden einen

bestimmten Betrag zu zahlen haben. Der Ausgleich wird auch über die Landesgrenzen hinaus durchgeführt, was insbesondere Hamburg - als Betriebsgemeinde für viele schleswig-holsteinische Arbeitnehmer - betrifft. Seit 1964 haben die Betriebsgemeinden im allgemeinen 150 DM je Arbeitnehmer an die Wohngemeinden zu zahlen. Im Jahre 1965 haben die schleswig-holsteinischen Betriebsgemeinden 14,2 Mill. DM gezahlt und die Wohngemeinden 21,5 Mill. DM empfangen; 1960 sind es nur 8,5 Mill. DM und 12,4 Mill. DM gewesen. Damit sind 1965 über 5% des schleswig-holsteinischen Gewerbesteueraufkommens umverteilt worden.

Hat ein Unternehmen mehrere Betriebe, so wird zwar die Veranlagung für das gesamte Unternehmen durchgeführt, die Steuer aber auf die Betriebsgemeinden zerlegt. Die Gewerbesteuererlegung basiert auf dem einheitlichen Steuermeßbetrag, der von den Finanzämtern festgestellt wird. Die Gemeinden vervielfältigen den ihnen zugewiesenen Steuermeßbetrag mit einem für alle Steuerpflichtigen der Gemeinde gleich hohen Hebesatz, um ihren Steuerbetrag zu errechnen (Meßbetrag x Hebesatz = Steuersoll). Die Steuererlegung wird ebenfalls über die Landesgrenze hinaus vorgenommen. Das brachte den schleswig-holsteinischen Gemeinden 1958 einen Zerlegungsgewinn von 17 Mill. DM oder reichlich einem Achtel des schleswig-holsteinischen Gewerbesteueraufkommens.

Das Zerlegungsverfahren bei der Grundsteuer ist ähnlich. Erstreckt sich ein Grundbesitz über mehrere Gemeinden, so darf die Gemeinde jeweils den auf ihrem Gebiet liegenden Teil besteuern. Zu diesem Zweck wird der Meßbetrag nach dem Verhältnis des Einheitswertes aufgeteilt.

Die Kreise und Ämter verfügen nur über geringe eigene Einnahmen. Sie müssen daher

Umlagen der Kreise und Ämter

Jahr	Kreisumlage	Amtsumlage	Kreisumlage	Amtsumlage
	Mill. DM		Anteil an den Einnahmen des jeweiligen ordentlichen Haushalts in %	
1955	27,9	6,2	19,5	61,6
1956	30,2	6,8	20,3	62,4
1957	33,1	7,7	20,4	65,4
1958	35,6	8,4	20,0	66,3
1959	37,7	8,9	21,6	73,9
1961	50,4	10,8	24,7	65,8
1962	59,7	12,2	23,3	67,3
1963	59,9	12,5	22,8	66,0
1964	63,5	13,8	22,2	66,9

ihre Ausgaben durch Umlagen und Zuweisungen des Landes finanzieren. Die Kreise erhalten vom Land die im vorigen Abschnitt angeführten Schlüsselzuweisungen und können darüber hinaus eine Kreisumlage erheben. Sie wird nach den Steuerkraftzahlen und den allgemeinen Schlüsselzuweisungen (65%) der Gemeinden berechnet. Die Kreisumlage hat sich von 1955 bis 1964 mehr als verdoppelt. Sie belief sich 1964 auf 63,5 Mill. DM und machte wie in den Vorjahren gut ein Fünftel der ordentlichen Einnahmen der Kreise aus.

Die Ämter können ihre Amtsumlage nach den gleichen Grundsätzen wie die Kreise erheben. Mit der Ausnahme, daß sowohl die gesamten Schlüsselzuweisungen als auch die Sonderschlüsselzuweisungen als Grundlage gelten. Die Ämter sind noch stärker auf die Umlage angewiesen als die Kreise. Sie machte in den letzten Jahren immer etwa zwei Drittel der ordentlichen Einnahmen der Ämter aus. Ihr Betrag hat sich seit 1955 bis 1964 von 6,2 Mill. DM auf 13,8 Mill. DM ebenfalls mehr als verdoppelt.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Die Umsätze in ausgewählten freien Berufen 1963 und 1964

Die freiberuflich Tätigen in Schleswig-Holstein haben ihre Umsätze in den Jahren 1963 und 1964 wiederum erheblich steigern können. Unter den von der Umsatzsteuerstatistik 1964 erfaßten Steuerpflichtigen gibt es kaum einen Wirtschaftsbereich, in dem die Zuwachsraten der Umsätze derartig hoch gewesen sind wie in den freien Berufen. Während im Durchschnitt alle Steuerpflichtigen im Jahre 1964 ihren Umsatz gegenüber 1962 um 13,2% steigern konnten, betrug dieser Zuwachs in den in der folgenden Tabelle ausgewählten freien Berufen bald das Doppelte, nämlich 23,1%. Der starke Anstieg der Umsätze ist umso höher zu werten, als die freiberufliche Tätigkeit im wesentlichen auf dem eigenen geistigen Vermögen und der persönlichen Arbeitskraft beruht; der Einsatz von Hilfskräften ist nur in beschränktem Umfang möglich. Auch sind die Ausgaben für die Beschaffung von Vorleistungen im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen niedrig. Der Anteil des Rohertrags am Umsatz ist daher bei den freiberuflich Tätigen relativ hoch. Die geringfügige Zunahme der Zahl der Steuerpflichtigen (+ 3% von 1962 auf 1964) dürfte auf die Umsatzsteigerung nur einen geringen Einfluß ausgeübt haben.

Allgemein werden von der Umsatzsteuerstatistik Steuerpflichtige dann nicht erfaßt, wenn ihr Jahresumsatz den Freibetrag von 12 000 DM gem. § 7a des Umsatzsteuergesetzes (UStG) nicht überschreitet. Für freiberuflich Tätige beträgt der Freibetrag seit 1961 20 000 DM, wenn im Umsatz außerdem keine steuerpflichtigen gewerblichen Umsätze aus nebenberuflicher Tätigkeit enthalten sind. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich daher fast ausschließlich auf Steuerpflichtige mit mehr als 20 000 DM Jahresumsatz. Sind geringfügige steuerpflichtige gewerbliche Umsätze erzielt worden, so sind diese freiberuflich Tätigen bereits enthalten, wenn ihr Umsatz 12 000 DM übersteigt. Der

Umsatz der nicht einbezogenen Steuerpflichtigen unter den hier ausgewählten freien Berufen dürfte also nicht sehr ins Gewicht fallen.

Steuerpflichtige und Umsätze

Unter den Angehörigen der ausgewählten freien Berufe machen die im Gesundheitswesen Tätigen sowohl zahlenmäßig als auch nach der Höhe des Umsatzes den größten Teil aus. Von den insgesamt 4 758 Steuerpflichtigen waren 1964 zwei Drittel Ärzte, Zahnärzte oder Tierärzte, die 62% des erzielten Umsatzes auf sich vereinigten.

Unter den von der Statistik 1964 erfaßten Medizinern waren 1 858 Ärzte, 1 039 Zahnärzte und 262 Tierärzte. Diese Zahlen dürfen nicht mit den in unserem Lande tätigen Ärzten verwechselt werden. Die Zahl der tätigen Ärzte ist wesentlich höher, da die Statistik alle beamteten Ärzte, Assistenzärzte und sonstigen Ärzte, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, nur dann enthält, wenn sie nebenbei aus freiberuflicher ärztlicher Tätigkeit mehr als 20 000 DM umsetzen.

Die Ärzte (Humanmediziner) konnten in den Jahren 1963 und 1964 den größten Umsatzzuwachs erzielen, nämlich 25% gegenüber dem Jahre 1962. Der Zuwachs verteilt sich auf die Jahre 1963 und 1964 verhältnismäßig gleichmäßig. Die Umsatzsteigerung der Zahnärzte im gleichen Zeitraum ist fast ebenso groß, fiel jedoch mehr in das Jahr 1963. Die Veränderung des Umsatzes der Tierärzte war verhältnismäßig gering. Ihr Umsatz nahm nur um 10% zu; davon fiel der größte Teil des Zuwachses in das Jahr 1964. Trotz des geringen Umsatzzuwachses

Umsatzentwicklung in ausgewählten freien Berufen 1962 - 1964

Beruf	Steuerpflichtige 1962	Steuerpflichtige 1964				darunter mit Umsatz auch 1963		
		Anzahl	Umsatz 1964			Anzahl	Umsatz 1964	
			1 000 DM	je Steuerpflichtigen in 1 000 DM	Veränderung gegenüber 1962 in %		Anteil am Umsatz aller Steuerpfl. (Sp. 3) in %	Veränderung gegenüber 1963 in %
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	96	98	19 267	197	+ 22	91	62	+ 14,1
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuersachen)	429	463	33 119	72	+ 31	444	97	+ 12,6
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	540	592	65 641	111	+ 22	532	92	+ 12,1
Rechtsanwalt und Notar	426	446	42 936	96	+ 20	403	90	+ 13,1
Arzt	1 817	1 858	161 542	87	+ 25	1 803	98	+ 13,7
Zahnarzt	1 038	1 039	83 225	80	+ 24	995	96	+ 10,8
Tierarzt	263	262	20 994	80	+ 10	236	92	+ 8,0
Insgesamt	4 609	4 758	426 724	90	+ 23	4 504	94	+ 12,4

bei den Tierärzten (es ist innerhalb des untersuchten Berichtszeitraums der geringste Zuwachs, der in einem der ausgewählten freien Berufe festgestellt wurde) beträgt der Umsatz¹ je Steuerpflichtigen nicht weniger als bei den Zahnärzten: Zahnärzte und Tierärzte setzten im Durchschnitt jährlich 80 000 DM um. Die Humanmediziner erzielten im Jahre 1964 Entgelte von durchschnittlich 87 000 DM jährlich.

Die 446 Rechtsanwälte und Notare - das sind 5% mehr als 1962 - konnten ihren Umsatz im Jahre 1964 um 20% auf insgesamt 42,9 Mill. DM steigern. Das entspricht einem durchschnittlichen Umsatz je Steuerpflichtigen von 96 000 DM. Der Zuwachs machte sich besonders 1964 bemerkbar.

Von den zur Gruppe der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe zählenden Steuerpflichtigen sind in die Untersuchung die Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Steuerberater sowie die Steuerbevollmächtigten (Helfer in Steuersachen) einbezogen worden. Den größten Teil der Steuerpflichtigen machen die Steuerbevollmächtigten aus, nämlich 463. Das sind 34 Steuerpflichtige oder 8% mehr als 1962. Sie konnten ihren Umsatz im Jahre 1964 auf 33,1 Mill. DM steigern, was gegenüber 1962 einer Zunahme um 31% entspricht. Diese Zuwachsrate ist die bei weitem höchste unter den in der Veröffentlichung untersuchten freien Berufen. Die Entwicklung ist wahrscheinlich unter anderem durch die ständige

Verfeinerung des Steuerrechts und die damit schwierigere und zeitraubendere Bearbeitung der Steuererklärungen bewirkt worden. Trotz des erheblichen Umsatzzuwachses erzielten die Steuerbevollmächtigten im Durchschnitt immer noch die geringsten Entgelte für ihre Leistungen; die Helfer in Steuersachen setzten 1964 durchschnittlich 72 000 DM um.

Die Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Steuerberater machen der Zahl nach nur eine verhältnismäßig geringe Gruppe aus. Ihre Umsätze je Steuerpflichtigen sind jedoch mit Abstand die höchsten von allen in dieser Untersuchung ausgewählten freien Berufen. Zu den Wirtschaftsprüfern zählen nach der Systematik der Wirtschaftszweige auch die Revisions- und Treuhandgesellschaften; beider Arbeitsgebiet bezieht sich nicht nur auf die Beratung in Steuerfragen, sondern auch auf die Prüfung und Beratung großer Unternehmen in allen übrigen Fragen der Buchführung und Bilanzierung. Diese Steuerpflichtigen können ohne größere Büros mit mehreren Angestellten nicht auskommen. Auch die Steuerberater unterscheiden sich von den Steuerbevollmächtigten durch einen größeren Aufgabenkreis und erzielen dementsprechend höhere Umsätze. Die Steigerungsrate des Umsatzes war in den Jahren 1963 und 1964 mit 22% allerdings erheblich niedriger als die der Steuerbevollmächtigten.

Die Zahl der Architekten, Bau- und Vermessungsingenieure hat in den Jahren 1963 und 1964 wiederum erheblich zugenommen. Sie ist um 10% auf 592 Steuerpflichtige gestiegen. Im Jahre 1964 wurde ein Umsatz von 65,6 Mill. DM erzielt, das sind 22% mehr als im Jahre 1962.

1) Keinesfalls darf der Umsatz mit dem persönlichen Einkommen verwechselt werden; vom Umsatz müssen die gesamten Betriebskosten bestritten werden

Gliederung nach Größenklassen

Die Verteilung der Steuerpflichtigen der freien Berufe nach der Höhe ihres Umsatzes erstreckt sich nur über verhältnismäßig wenige Klassen. Im Gegensatz zu den Gewerbebetrieben anderer Wirtschaftsbereiche (z. B. dem Großhandel oder dem Einzelhandel) sind die Unterschiede in der Höhe des erzielten Jahresumsatzes zwischen den Steuerpflichtigen nicht so ausgeprägt. Großunternehmen gibt es unter den freiberuflich Tätigen nicht. Ein Großunternehmen wäre auch mit dem Wesen des freien Berufes nicht vereinbar. Dafür ballten sich im Jahre 1964 in der Umsatzgrößenklasse zwischen 50 000 und 100 000 DM 45% der Steuerpflichtigen zusammen, die 36% des Gesamtumsatzes erzielten. Weniger als 50 000 DM setzten 27% der Steuerpflichtigen um und nur 10% erzielten

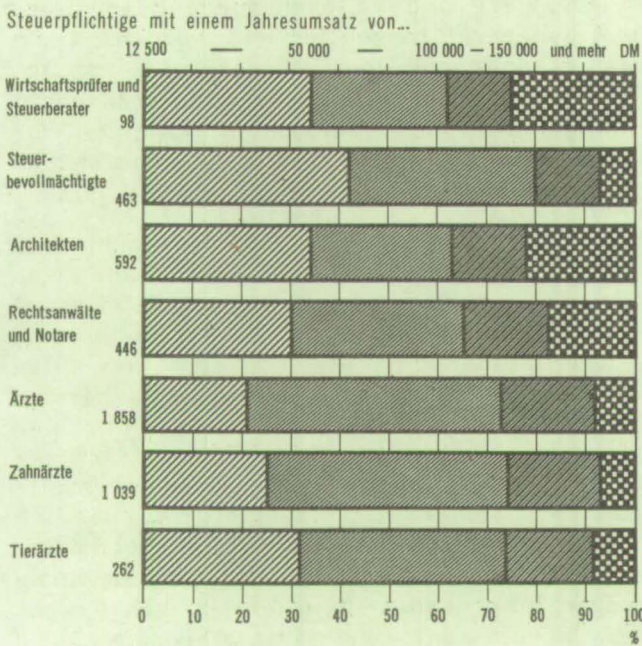
Entgelte, die über 150 000 DM betrugen. Hierunter waren sogar 18 freiberuflich Tätige mit einem Umsatz von mehr als 500 000 DM, davon 7 Ärzte und 7 Architektur-, Bauingenieur- oder Vermessungsbüros.

Gegenüber dem Jahre 1962 ist eine deutliche Abnahme der Umsatzsteuerpflichtigen und des Umsatzes in der untersten Größenklasse festzustellen. In allen übrigen Klassen haben sich die Zahl der Steuerpflichtigen und deren Umsätze erhöht, und zwar am relativ stärksten in der obersten Klasse von 150 000 DM und mehr Umsatz. In dieser Klasse nahm die Zahl der Steuerpflichtigen und der Umsatz um je 65% zu.

Steuerpflichtige in ausgewählten freien Berufen nach Umsatzgrößenklassen im Jahre 1964 in %

D - 3653

Steuerpflichtige in ausgewählten freien Berufen nach Umsatzgrößenklassen im Jahre 1964



Beruf	Steuerpflichtige mit einem Jahresumsatz von ... DM				insgesamt
	12 500 bis unter 50 000 ¹	50 000 bis unter 100 000	100 000 bis unter 150 000	150 000 und mehr	
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	34	28	13	26	100
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuer-sachen)	42	38	13	7	100
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	34	29	15	22	100
Rechtsanwalt und Notar	30	35	17	17	100
Arzt	21	52	19	7	100
Zahnarzt	25	49	19	7	100
Tierarzt	32	42	18	9	100

1) einschl. Steuerpflichtige mit Umsätzen, die nicht unter den § 7a (2) UStG fallen

Steuerpflichtige und Umsätze 1962 und 1964 in ausgewählten freien Berufen nach Umsatzgrößenklassen

Höhe des Umsatzes in 1 000 DM	Steuerpflichtige		Umsatz			
	1964		1962		1964	
	Anzahl	%	1 000 DM		%	
12,5 bis unter 50 ¹	1 669	1 294	27	58 823	46 704	11
50 bis unter 100	2 108	2 127	45	148 979	153 608	36
100 bis unter 150	536	848	18	63 746	102 440	24
150 und mehr	296	489	10	75 087	123 972	29
Insgesamt	4 609	4 758	100	346 635	426 724	100

1) einschl. Steuerpflichtige mit Umsätzen, die nicht unter den § 7a (2) UStG fallen

Je nach dem Beruf zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Verteilung der Steuerpflichtigen auf die verschiedenen Größenklassen des Umsatzes. Bei den Steuerbevollmächtigten ist in der untersten Klasse die Besetzung mit 42% am stärksten. Etwa die Hälfte der Ärzte und Zahnärzte sowie vier Zehntel der Tierärzte sind in der Umsatzgrößenklasse 50 000 bis 100 000 DM vereinigt. Unter den Steuerpflichtigen mit 150 000 DM und mehr Umsatz heben sich vor allem die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie die Architekturbüros, daneben aber auch die Rechtsanwälte und Notare heraus. Es sind dies Berufsgruppen, bei denen die freiberufliche Tätigkeit in größerem Umfang durch Hilfskräfte unterstützt werden kann, als dies etwa unter den Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten möglich ist.

Umsatzsteuer und durchschnittlicher Steuersatz

Die Höhe der auf den Umsatz zu entrichtenden Steuer, die grundsätzlich 4% beträgt, wird u. a. durch zwei Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes erheblich gemindert, so daß im Durchschnitt der Steuersatz von 4% in keinem der ausgewählten freien Berufe erreicht wird. Erstens wirkt sich die Bestimmung des § 7a UStG aus, wonach freiberuflich Tätige, deren Gesamtumsatz 120 000 DM im Jahr nicht übersteigt, 20 000 DM von ihrem Umsatz vor der Steuerberechnung absetzen können. Von dieser Vorschrift werden hauptsächlich diejenigen freien Berufe betroffen, deren Jahresumsatz je Steuerpflichtigen relativ niedrig ist, z. B. die Steuerbevollmächtigten. Zum anderen beeinflusst die Bestimmung des § 4 Ziff. 11 UStG das Steueraufkommen und den durchschnittlichen Steuersatz; sie gibt den Ärzten und Zahnärzten Steuerfreiheit für Entgelte von gesetzlichen Versicherungsträgern (Kassenumsätze). Hierdurch wird die Steuerbelastung der Ärzte und Zahnärzte stark herabgedrückt. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Umsatzsteuervorauszahlungsbetrag und durchschnittlicher Steuersatz in ausgewählten freien Berufen 1962 und 1964

Beruf	Umsatzsteuer 1964		Durchschnittlicher Steuersatz in % des Umsatzes	
	1 000 DM	Veränderung gegenüber 1962 in %	1962	1964
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	704	+ 23	3,6	3,7
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuersachen)	984	+ 43	2,7	3,0
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	2 263	+ 24	3,4	3,4
Rechtsanwalt und Notar	1 411	+ 24	3,2	3,3
Arzt	1 194	+ 42	0,6	0,7
Zahnarzt	1 391	+ 49	1,4	1,7
Tierarzt	632	+ 12	3,0	3,0
Insgesamt	8 578	+ 31	1,9	2,0

Das höchste Steueraufkommen innerhalb einer Berufssparte erbrachten die Architekten, nämlich 2 263 000 DM. Dieses ist die Folge ihrer verhältnismäßig großen Zahl und ihres hohen Umsatzes je Steuerpflichtigen. Die durchschnittliche steuerliche Belastung war bei den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern 1964 mit 3,7% des Umsatzes am höchsten. 3% und mehr Umsatzsteuer mußten auch die Architekten, Rechtsanwälte, Tierärzte und Steuerbevollmächtigten an die Finanzämter abführen. Die steuerliche

Belastung der Ärzte und Zahnärzte weicht von diesen Sätzen infolge des erheblichen Anteils des Kassenumsatzes stark ab. Die Zahnärzte führten 1964 1,7%, die Ärzte sogar nur 0,7% ihres Umsatzes an die Finanzämter ab.

Wie aus dem durchschnittlichen Steuersatz zu entnehmen ist, spielt der Kassenumsatz bei den Ärzten innerhalb des Gesamtumsatzes offenbar eine größere Rolle als bei den Zahnärzten. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Krankenkassen die Kosten für Zahnersatz häufig nur zu einem Teil übernehmen und die Versicherten "zuzahlen". Für diese Umsätze muß der Zahnarzt dann Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen.

Gegenüber 1962 hielt sich der Zuwachs des Steueraufkommens bei den Wirtschaftsprüfern, Architekten, Rechtsanwälten und Notaren sowie den Tierärzten etwa im Rahmen der Umsatzsteigerung. Die Steuerbevollmächtigten mußten dagegen 1964 43% mehr Steuern an das Finanzamt abführen, obwohl ihr Umsatz gegenüber 1962 nur um 31% gestiegen war. In diesen Zahlen kommt u. a. der Einfluß der Bestimmung des § 7a UStG zum Ausdruck, durch den jeder größere Umsatzzuwachs eines Steuerpflichtigen mit relativ niedrigem Umsatz zu einer überproportionalen Steigerung der steuerlichen Belastung führt. Der überdurchschnittlich starke Anstieg des Aufkommens an Umsatzsteuer von Ärzten und Zahnärzten läßt außerdem auf ein Sinken des Anteils der Kassenumsätze schließen. Insbesondere bei Zahnärzten hat sich der durchschnittliche Steuersatz in der Zeit von 1962 auf 1964 um 3 Punkte von 1,4% auf 1,7% erhöht.

Vergleich mit dem Bundesgebiet

Bedingt durch die Strukturunterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet gibt es in einigen freien Berufen in unserem Land erheblich weniger oder mehr Steuerpflichtige, als es dem Bundesdurchschnitt entspricht. Nimmt man den Bevölkerungsanteil Schleswig-Holsteins von 4,1% als Richtschnur, so ist besonders der Anteil der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sowie der Architekten etc. mit nur 2,9% bzw. 3,1% an der Summe aller Steuerpflichtigen dieser freien Berufe erheblich niedriger. Dagegen macht der Anteil der Tierärzte in unserem Lande 7,3% aller im Bundesgebiet von der Statistik erfaßten Tierärzte aus.

Faßt man alle Steuerpflichtigen zusammen, so beträgt der Umsatz je Steuerpflichtigen im Bund 95 000 DM; in Schleswig-Holstein sind es dagegen nur 90 000 DM, also etwa

Umsatz je Steuerpflichtigen 1964 in 1 000 DM

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	197	188
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuersachen)	72	69
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	111	119
Rechtsanwalt und Notar	96	115
Arzt	87	92
Zahnarzt	80	80
Tierarzt	80	58
Insgesamt	90	95

5% weniger. Dies ist auf die durchschnittlich höheren Umsätze der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare und Architekturbüros etc. zurückzuführen. Die größte Abweichung vom Bundesdurchschnitt wurde bei den Tierärzten ermittelt: in Schleswig-Holstein erzielte ein Tierarzt 1964 im Durchschnitt einen Umsatz von 80 000 DM, im Bundesgebiet dagegen nur von 58 000 DM; das ist mehr als ein Viertel weniger.

Der Umsatzzuwachs unter den in dieser Untersuchung ausgewählten freien Berufen war von 1962 auf 1964 in Schleswig-Holstein mit 23,1% um etwa 1 Punkt höher als im Bundesgebiet. Dies ist ausschließlich auf die starke Zunahme der Umsätze der Ärzte in unserem Lande zurückzuführen. In allen übrigen freien Berufen erreichten die Zuwachsraten der schleswig-holsteinischen Steuerpflichtigen höchstens den Bundesdurchschnitt oder blieben darunter.

Umsatzanstieg von 1962 bis 1964 in %

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	+ 22	+ 25
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuersachen)	+ 31	+ 33
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	+ 22	+ 25
Rechtsanwalt und Notar	+ 20	+ 20
Arzt	+ 25	+ 18
Zahnarzt	+ 24	+ 24
Tierarzt	+ 10	+ 13
Insgesamt	+ 23	+ 22

Entwicklung seit 1954

Die langfristige Entwicklung der Umsätze kann für die wirtschafts- und steuerberatenden Berufe nicht dargestellt werden, da mit der neuen Systematik der Wirtschaftszweige erhebliche Veränderungen in der Zuordnung

eingetreten sind. Die Ergebnisse der Jahre vor 1962 können mit den nachfolgenden daher in diesem Bereich nicht verglichen werden.

Unter den übrigen freien Berufen haben die Umsätze der Architekten, Bau- und Vermessungsingenieure seit 1954 am stärksten zugenommen. Sie stiegen in den darauf folgenden zehn Jahren auf das Fünffache, nämlich von 13,0 auf 65,6 Mill. Die Zahl der Steuerpflichtigen erhöhte sich auf das Doppelte, von 283 auf 592. In den anderen Berufen konnten die Steuerpflichtigen ebenfalls erheblich höhere Entgelte erlangen, ihre Zahl stieg jedoch bei weitem nicht so stark an. Die Entwicklung verlief daher in ruhigeren Bahnen. Je Steuerpflichtigen ist sogar eine relativ gleichmäßige Veränderung der Umsätze in allen Berufen festzustellen.

Umsätze je Steuerpflichtigen in ausgewählten freien Berufen 1954 - 1964 in 1 000 DM

Jahr	Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	Rechtsanwalt und Notar	Arzt	Zahnarzt	Tierarzt
1954 ¹	46	41	35	30	30
1956 ¹	53	48	41	33	33
1958 ¹	63	57	52	41	44
1960 ¹	78	65	61	50	52
1962 ²	100	84	71	65	72
1964 ²	111	96	87	80	80

1) ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen unter 10 000 DM

2) " " " " " 20 000 DM

Alle Steuerpflichtigen haben ohne Rücksicht darauf, welchen freien Beruf sie ausüben, im Durchschnitt im Jahre 1964 etwa das Zweieinhalbfache dessen umgesetzt, was sie 1954 erzielten. Auch an der Reihenfolge der Umsatzhöhe je Steuerpflichtigen unter den einzelnen Berufen hat sich seit 1954 nichts geändert. Inwiefern im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen (insbesondere der gewerblichen Wirtschaft) sich in dieser Zeit die Stellung der freien Berufe verbessert hat, kann aus der Statistik über einen derartig langen Zeitraum nicht ermittelt werden. Umsatz ist nicht Einkommen. Kurzfristig haben in der Zeit von 1962 auf 1964 die freien Berufe zweifellos aufgeholt unter der Voraussetzung, daß die Struktur der Kosten zwischen den Wirtschaftsbereichen sich in diesem Zeitraum nicht allzusehr verschoben hat.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Umsätze der freien Berufe in Schleswig-Holstein und im Bund 1962" und "Die Umsätze der steuerpflichtigen Unternehmen 1964" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 205 (August) bzw. 1966 S. 10 (Januar) sowie "Umsätze freier Berufe" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 61 (Januar)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Familienstand, Bevölkerung nach dem – Haushalt und Familie	2/33 4/80
Bevölkerungsbewegung	
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964	2/28
Unterricht, Bildung und Kultur	
Realschüler 1965	4/83
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Feuerwehreinsätze 1964	2/47
Wahlen	
Bundestagswahl 1965 (Teil 3)	1/4
Erwerbstätigkeit	
Streiks 1960–1965	4/95
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Binnenfischerei 1961/62	4/88
Bodennutzung 1965	3/59
Getreide 1950–1965	5/100
Schlachttiere, Qualität der –	1/8
Vorausschätzung Landwirtschaft	3/51
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Nebenfunktionen im –	1/23
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Tiefbauaufträge, Öffentliche – 1964	2/39
Wohnungswünsche 1965	4/76
Handel und Gastgewerbe	
Umsätze im Gastgewerbe	5/104
Verkehr	
Güterverkehr Eisenbahn	4/93
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger 1964	5/107
Öffentliche Finanzen	
Bilanzstruktur der Unternehmen 1963	3/66
Umsätze 1964	1/10
Preise	
Bauwirtschaft, Preisentwicklung –	1/18
Löhne und Gehälter	
Landwirtschaft, Arbeiterverdienste –	1/23
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch, Haushaltsgröße, Einkommen	5/114
Verbrauch in privaten Haushalten	2/42

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 18. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1966

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 409	2 412	2 415	2 441
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 358	1 727	1 910
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,8	7,4	8,4	9,6
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	3 703	4 018	3 770
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,5	20,0	19,6	19,0
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 382	2 940	2 607
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,4	12,9	14,4	13,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	75	72	96	75
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,2	19,4	23,9	19,9
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 231	1 321	1 078	1 163	985
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,1	7,2	5,3	5,9	4,8
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 694	5 392	7 781	9 604	7 023	5 897
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	4 933	6 062	7 571	5 836	4 599
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 543	459	1 719	2 033	1 187	1 298
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	7 543	9 679	13 301	8 743	7 579
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	17 868	23 522	30 476	21 602	18 075
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	164	138	162	221	146	137
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	8	16	11	8	14	14	8	8
darunter *Männer	1 000	31	6	11	8	5	10	11	6	5
Offene Stellen	1 000	5	19	18	21	21	17	19	22	22
darunter für Männer	1 000	3	10	8	10	10	8	9	11	11
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	.	1 674	.	.	.	1 644	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	181	.	.	.	170	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	103 ^a	.	115	.	.	.	107	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	16	19	17	20	19	21	21
*Kälber	1 000 St.	5	3	4	5	5	4	4	6	5
*Schweine	1 000 St.	81	156	149	168	162	160	148	163	152
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	22	16	7	26	18	13	7
*Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	14,9	18,1	17,7	16,9	16,0	18,4	17,9
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	3,5	4,4	4,1	4,6	4,5	5,0	5,0
*Schweine	1 000 t	5,9	12,6	11,1	13,3	13,3	11,9	11,3	13,0	12,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	238	236	242	240	242	246	240	237
Kälber	kg	49	61	61	61	61	54	56	56	57
Schweine	kg	89	87	87	87	86	89	87	87	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	154	202	216	171	165	213	225
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	88	88	90	89	88	89	91
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	11,5	13,6	15,1	10,9	11,6	13,6	14,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) innerhalb des

Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) einschl. Schlachtfette,

jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25

c) Winterhalbjahr 1964/65 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	176	177	178	177	177	178	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	140	139	139	140	139	139	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	22 294	23 950	23 410	22 358	21 749	24 180	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	98,8	86,1	92,9	96,5	94,4	90,8	104,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	34,5	34,7	35,8	39,2	38,3	40,8	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	53	55	51	51	44	48	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	7 794	8 936	8 211	8 519	8 723	9 044	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	73	82	72	91	82	88	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	110	124	113	121	116	133	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	33	36	33	37	35	37	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	746	603	751	709	711	649	793	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	56	69	80	104	73	86	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	137	128	128	144	124	134	142	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		100	154	91	112	184	62	72	161	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	91	100	103	97	85	87	89	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	162	155	163	158	151	152	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	222	222	240	252	195	202	226	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	109	105	112	123	83	83	98	...
papierherzeugenden Industrie		100	131	134	134	127	130	141	141	...
Schiffbaues		100	70	71	68	71	78	81	81	...
Maschinenbaues		100	138	136	135	152	132	143	145	...
elektrotechnischen Industrie		100	133	133	116	126	132	136	133	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	182	111	153	186	98	174	162	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	177	174	176	191	165	168	177	...
ledererzeugenden Industrie		100	54	71	63	51	51	58	48	...
Schuhindustrie		100	107	116	113	129	104	105	106	...
Textilindustrie		100	98	94	99	99	98	100	105	...
Bekleidungsindustrie		100	120	132	134	146	122	132	160	...
Fleischwarenindustrie		100	186	168	164	182	188	190	179	...
fischverarbeitenden Industrie		100	130	142	134	123	135	174	165	...
Meiereien und milchverarbeitenden Industrie		100	131	131	156	178	126	131	161	...
Bauhauptgewerbe		100	133	84	96	160	67	84	131	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	.	103
*Umsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	235	.	206
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -Ø 1955=100	-	223	.	188
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	148	154	149	165	150	154	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	268	280	261	332	299	321	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	22	23	20	30	26	26	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats- Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	64 113	66 004	68 421	64 622	64 729	p66 369	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	5 785	7 473	10 918	4 714	5 608	p 9 989	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	2 361	3 242	4 662	1 987	2 538	p 4 300	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	2 351	2 923	4 570	1 884	2 087	p 4 188	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	27,6	35,5	56,4	25,1	28,1	p 52,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	3,6	3,6	3,8	4,2	4,1	p 4,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	91,4	96,4	119,9	98,7	79,2	p 105,6	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	1 011	796	823	724	673	1 251
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	164	138	143	121	130	193	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	115,7	93,1	93,9	100,9	75,4	157,9	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	90,0	63,5	64,0	64,0	53,1	116,6	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 287	1 054	983	971	817	1 700	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	874	628	610	607	507	1 098	...
*Wohnungen		2 109	2 535	2 486	1 849	1 670	1 672	1 398	3 092	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	2 231	1 456	1 424	1 508	1 144	2 788
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	1 118	1 779	809	914	593	1 074
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	4 566	6 484	3 423	3 786	2 614	4 360	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	386	417	513	2 111	3 031	1 120	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	944	538	838	415	614	277	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	18 386	21 364	23 028	17 175	20 678	22 090	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	29 425	34 061	33 339	39 193	29 940	38 112	...
* Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	73,3	99,5	101,4	126,5	82,0	125,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	7,7	15,3	12,9	10,9	8,9	11,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	65,6	84,2	88,6	115,5	73,1	114,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	2,6	3,3	2,5	2,5	3,6	4,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	5,9	11,7	9,0	14,4	7,6	7,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	57,1	69,2	77,1	98,6	62,0	102,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	5,5	5,4	5,1	6,0	5,3	6,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	51,6	63,8	71,9	92,7	56,6	95,8	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	21,5	24,0	25,1	24,7	24,4	29,8	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	5,1	5,4	6,3	5,0	5,4	6,1	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	7,7	8,8	9,4	9,5	8,9	10,4	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	23,2	33,8	41,3	64,3	26,6	59,0	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	6,0	10,8	7,6	11,9	7,0	13,6	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	4,5	5,5	4,8	6,6	3,7	3,5	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	1,6	3,1	1,6	32,7	1,9	2,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	4,6	5,2	19,7	5,3	5,5	29,2	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	64	84	109	63	61	85	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	5	6	17	4	5	7	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	195	268	347	189	195	279	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	9	13	27	9	10	13	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
			Monats- Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	217	175	212	245	204	165	246	...
*Güterversand	1 000 t	195	354	245	298	380	192	170	415	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 806	5 394	7 548	7 646	4 106	5 382
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	13	7	21	35	3	5
*Personenkraftwagen		2 107	4 507	4 270	5 979	6 077	3 231	4 218
*Kombinationskraftwagen		175	475	469	580	651	331	445
*Lastkraftwagen		293	393	333	480	464	281	381
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 044	699	770	893	778	740	p 900	p 944
*Getötete Personen		40	56	30	32	46	41	25	p 53	p 41
*Verletzte Personen		1 130	1 403	911	1 021	1 220	1 042	973	p 1 141	p 1 280
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	8 273 ^d	7 381	7 512	7 590	8 260	8 347
(Bestand am Monatsende)										
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 076 ^d	1 915	1 975	2 006	2 038	1 991
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 047 ^d	1 883	1 954	1 981	2 027	1 973
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 197 ^d	5 466	5 536	5 584	6 223	6 356
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 296 ^d	4 686	4 754	4 794	5 304	5 445
*Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	2 067 ^d	5 053 ^d	4 612	4 591	4 571	5 093	5 178
(Bestand am Monatsende)										
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 875 ^d	1 783	1 726	1 684	1 855	1 897
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 573 ^d	1 462	1 419	1 404	1 586	1 584
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 178 ^d	2 829	2 865	2 887	3 238	3 281
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 123 ^d	1 909	1 933	1 947	2 160	2 189	2 206	2 222
*bei Kreditbanken	Mill. DM		624 ^d	547	553	557	639	647
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	162	141	154	132	236	156
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	125	88	118	110	176	113
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	6	15	7	9	10	10	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	2	-	2	1	2	...
Wechselproteste	Anzahl Wert	636 1 000 DM	778 935	673 780	766 779	772 795	700 1 025	667 847
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	76 440	47 149	110 386	43 291	65 910	56 124	122 068	55 632
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 921	7 235	1 025	287	722	8 526	726	592
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	8 835	7 621	9 896	9 735	11 181	8 511	11 400	10 028
*Biersteuer	1 000 DM	420	721	754	466	519	637	753	493	588
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	59 214	26 112	93 202	28 400	49 138	32 029	102 777	39 742
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	154 810	119 243	162 155	129 359	171 907	135 895	177 171	145 223
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	48 411	38 357	36 895	43 228	64 238	41 759	40 084	50 813
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 725	2 442	4 741	4 117	5 024	4 490	4 491	4 826
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 427	1 112	1 201	1 357	1 354	1 256	1 273	1 383
*Zölle	1 000 DM	7 838	7 074	7 214	6 957	6 772	7 907	7 604	6 945	7 060
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	55 308	53 422	52 751	55 724	61 974	60 303	58 667	55 729
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 219	32 129	31 242	36 416	35 222	33 735	33 736	38 444
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	37 858	16 695	59 588	18 157	31 416	20 477	65 710	25 409
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	7	2	22	4	- 5	7	1	3
* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	5 436	9 487	2 847	3 866	2 026	8 573	1 662	2 727
* Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	97 072	42 807	152 790	46 557	80 553	52 506	168 487	65 151
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	43 631	30 832	16 376	25 788	53 447	35 922	26 830	39 541
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	41 819	10 831	103 748	19 149	23 928	11 886	110 983	21 593
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 011	992	1 215	1 323	995	106	798	2 341
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 612	153	31 450	298	2 182	4 592	29 877	1 676

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 1. 1966			Bevölkerungsveränderung im Januar 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1966 (vorläufige Zahlen)			
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)							
FLENSBURG	96 503	+ 0,0	+ 0,2	30	16	46	34	-	39	115
KIEL	269 714	- 0,2	- 0,1	13	- 592	- 579	112	-	159	142
LÜBECK	240 327	+ 0,0	+ 0,7	54	30	84	83	2	99	122
NEUMÜNSTER	74 494	- 0,1	- 0,9	21	- 69	- 48	34	1	45	135
Eckernförde	70 214	+ 0,2	+ 2,6	44	70	114	19	-	28	147
Eiderstedt	19 510	- 0,1	+ 0,6	11	- 40	- 29	8	-	9	113
Eutin	93 221	- 0,1	+ 1,0	18	- 134	- 116	35	-	65	186
Flensburg-Land	70 000	+ 0,2	+ 1,8	68	81	149	35	2	50	149
Hzgt. Lauenburg	138 089	- 0,0	+ 1,4	19	- 44	- 25	48	1	65	138
Husum	65 272	+ 0,0	+ 0,7	35	- 31	4	24	-	39	163
Norderdithmarschen	59 434	+ 0,2	+ 1,3	28	83	111	27	3	31	126
Oldenburg (Holstein)	84 062	+ 0,1	+ 1,7	25	19	44	31	8	41	158
Pinneberg	247 246	+ 0,3	+ 3,6	185	543	728	85	2	106	127
Plön	115 066	+ 0,2	+ 1,3	66	124	190	44	-	65	148
Rendsburg	163 501	+ 0,1	+ 1,1	63	157	220	64	4	91	148
Schleswig	99 071	+ 0,1	+ 0,4	36	24	60	40	2	63	163
Segeberg	105 599	+ 0,2	+ 2,7	55	181	236	44	3	59	141
Steinburg	125 814	+ 0,0	+ 0,7	6	49	55	61	5	79	138
Stormarn	163 375	+ 0,6	+ 3,8	101	801	902	67	6	87	139
Süderdithmarschen	73 515	+ 0,0	+ 0,2	38	- 21	17	22	-	28	127
Südtondern	66 974	+ 0,0	+ 3,0	69	- 60	9	27	2	32	126
Schleswig-Holstein	2 441 001	+ 0,1	+ 1,4	985	1 187	2 172	944	41	1 280	140

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1966		
	Betriebe am 31. 3. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im März 1966 in Mill. DM	Betriebe am 31. 3. 1966	Beschäf- tigte am 31. 3. 1966	Umsatz im März 1966 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾	
		Anzahl am 31. 3. 1966	je 1 000 Einw. am 31. 12. 1965						Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	69	6 935	72	31,6	79	3 239	5,4	17 435	14 965	155
KIEL	173	31 934	118	69,6	177	7 946	13,8	50 614	43 287	160
LÜBECK	160	34 644	145	121,4	141	6 403	11,1	42 292	34 863	145
NEUMÜNSTER	59	11 968	163	36,1	59	2 420	3,9	13 892	11 768	158
Eckernförde	36	1 767	24	6,5	50	1 521	1,4	15 278	10 795	154
Eiderstedt	10	468	24	1,5	47	449	0,5	4 534	3 257	167
Eutin	52	4 230	44	17,0	112	2 074	3,3	20 162	15 104	162
Flensburg-Land	26	680	9	3,3	77	1 581	2,4	17 982	12 437	178
Hzgt. Lauenburg	102	8 870	65	35,0	132	3 207	4,6	29 288	21 682	157
Husum	24	1 395	21	5,5	131	2 314	2,9	15 846	11 065	170
Norderdithmarschen	36	1 514	23	4,2	77	2 076	2,2	13 876	9 823	166
Oldenburg (Holstein)	29	1 326	16	7,9	58	2 587	3,0	18 056	12 705	151
Pinneberg	261	23 719	94	139,8	263	5 689	10,1	48 701	39 565	160
Plön	53	2 711	23	14,7	104	3 004	4,3	25 520	18 246	159
Rendsburg	103	9 234	58	28,9	183	5 239	7,1	35 620	25 878	158
Schleswig	39	3 558	36	31,8	105	2 643	3,6	23 421	16 787	170
Segeberg	87	5 302	51	28,4	153	2 391	5,8	27 326	19 304	183
Steinburg	96	10 442	84	57,2	155	4 360	7,6	25 994	18 881	150
Stormarn	125	11 365	69	109,2	178	3 292	6,1	34 417	27 378	169
Süderdithmarschen	34	4 390	63	36,3	105	1 519	2,3	16 833	11 897	162
Südtondern	13	1 072	17	6,7	158	2 415	4,1	16 137	11 511	172
Schleswig-Holstein	1 587	177 524	73	792,8	2 544	66 369	105,6	513 224	391 198	160

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 1. 1966 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie
 Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung vom Juni 1965
 hochgerechnet (vorläufiges Ergebnis) 6) einschl. Kombinationskraftwagen
 Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1965			Offene Stellen am 31. 3. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1966 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im März 1966			*Ernten und Erträge 1965			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide ¹⁾		Kartoffeln	
		VZ 1939	31. 12. 1964						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 439	+ 53	+ 1,4	22	15	213	89	13,6	1 311	32,5	466	259,4
Hamburg	1 854	+ 8	- 0,2	27	25	2	89	12,3	14	29,2	14	235,9
Niedersachsen	6 921	+ 52	+ 1,0	61	74	404	86	12,5	3 361	31,0	4 465	265,3
Bremen	743	+ 32	+ 1,4	10	8	2	72	11,7	5	27,6	6	209,6
Nordrhein-Westfalen	16 736	+ 40	+ 1,1	173	397	308	86	12,5	2 222	28,7	2 018	225,1
Hessen	5 170	+ 49	+ 1,6	59	138	121	79	10,3	1 103	28,7	1 591	235,6
Rheinland-Pfalz	3 582	+ 21	+ 1,0	27	40	87	71	9,4	1 071	30,1	1 567	239,0
Baden-Württemberg	8 426	+ 54	+ 2,0	111	328	218	71	8,5	1 441	26,3	2 184	213,3
Bayern	10 101	+ 43	+ 1,2	103	174	509	75	8,4	3 158	24,2	5 607	214,0
Saarland	1 127	+ 24	+ 0,9	5	22	10	72	10,2	100	26,4	170	204,8
Berlin (West)	2 197	- 20	- 0,1	24	14	1	15	14,5	4	26,1	7	195,9
Bundesgebiet	59 297	+ 38	+ 1,2	622	1 233	1 875	80	10,3	13 790	28,2	18 095	231,1

Land	Industrie ²⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im Januar 1966		Produktions-index ³⁾ 1958=100 im Januar 1966	Beschäftigte am 31. 1. 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 1. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1965	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
	in %		in %		in %		in %		in %		
Schleswig-Holstein	177	74	711	14,6	128	65	27	1 398	5,7	593	2,4
Hamburg	218	118	1 251	14,3	.	47	26	1 250	6,7	300	1,6
Niedersachsen	752	111	2 818	21,4	.	188	27	4 451	6,4	1 923	2,8
Bremen	100	136	448	14,9	.	23	32	464	6,3	204	2,8
Nordrhein-Westfalen	2 803	170	10 508	15,3	145	406	24	9 666	5,8	6 449	3,9
Hessen	709	139	2 330	19,8	164	142	28	4 098	7,9	1 455	2,8
Rheinland-Pfalz	377	106	1 318	16,2	178	93	26	2 412	6,7	829	2,3
Baden-Württemberg	1 503	180	4 874	15,6	154	215	26	6 711	8,0	3 775	4,5
Bayern	1 321	132	3 939	14,0	.	265	26	6 859	6,8	3 210	3,2
Saarland	169	153	421	30,9	.	27	24	379	3,4	300	2,7
Berlin (West)	283	131	901	11,8	.	44	20	1 319	6,0	555	2,5
Bundesgebiet	8 412	144	29 519	16,2	153	1 514	26	39 007	6,6	19 593	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1965			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Februar 1966				Bestand an Spar-einlagen ⁷⁾ am 28. 2. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 4. Vj. 1965					
	ins-gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun-glückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	498	374	154	732	24	968	136	1 345	109	215	...			
Hamburg	372	322	174	623	20	775	128	2 445	266	1 041	...			
Niedersachsen	1 429	1 059	154	2 155	139	2 906	141	1 660	119	205	...			
Bremen	132	112	153	196	3	228	118	1 922	191	557	...			
Nordrhein-Westfalen	3 117	2 537	153	6 475	314	8 465	136	1 932	166	280	...			
Hessen	1 124	863	170	1 835	89	2 551	144	1 930	168	231	...			
Rheinland-Pfalz	747	539	152	1 259	76	1 719	143	1 610	113	228	...			
Baden-Württemberg	1 861	1 388	168	2 828	158	3 895	143	1 925	169	255	...			
Bayern	2 308	1 609	161	3 326	183	4 584	143	1 816	137	214	...			
Saarland	197	153	137	402	19	533	137	1 517	98	158	...			
Berlin (West)	337	292	133	643	21	790	126	1 288	100	381	...			
Bundesgebiet	12 122	9 248	158	20 474	1 046	27 414	139	1 820	150	276	...			

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.
 1) ohne Körnermais 2) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 3) ohne Bau, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 4) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 5) einschl. Kombinationskraftwagen 6) vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
			Monats-Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	91 787 ^e	.	.	102 785 ^f	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	6 780 ^e	.	.	7 447 ^f	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	13 634 ^e	.	.	14 454 ^f	.	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	- 298 ^e	.	.	- 4 ^f	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	64 570 ^e	.	.	73 069 ^f	.	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	7 101 ^e	.	.	7 819 ^f	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	7 278 ^e	.	.	5 527 ^f	.	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	99,3	99,8	100,4	101,9	102,3	p 103,3	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1958=100	100	106,7	106,4	106,6	106,6	107,6	107,9	p 108,2	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	105,1	105,6	105,7	107,8	108,9	p 108,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,0 ^h	103,4	103,5	103,8	105,3	105,7	105,9	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^g	107,2 ^h	107,3	109,4	109,9	p 113,5	p 114,6	p 114,2	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	154,4	150,7	.	.	p 156,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
	1962/63=100	90,8 ^g	104,4 ^h	105,5	r 106,3	r 106,4	r 107,5	r 108,3	109,2	...
Einzelhandelspreise										
	1958=100 ⁱ	100	115	114	114	115	118	118	p 118	...
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁸⁾										
darunter	1962=100	92,7	109,0	107,1	107,5	107,8	111,5	111,7	112,1	...
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	106,2	106,9	107,3	111,6	111,5	111,9	...
Kleidung, Schuhe		.	107,1	105,9	106,2	106,5	109,2	109,4	109,9	...
Wohnungsmieten		.	118,5	116,4	116,6	117,6	125,4	126,3	126,8	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	106,4	106,3	104,4	107,9	108,0	108,0	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	106,2	105,1	105,2	105,4	107,7	107,8	108,0	...
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	.	207	203
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	.	218	215
*weiblich	DM	68	125	.	.	121	129
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	.	4,52	4,46
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	.	4,81	4,71
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	.	2,92	3,13
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	.	45,8	45,5
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	.	41,5	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	.	41,3	43,9
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	.	37,2	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	.	991	1 055
*weiblich	DM	382	666	.	.	651	693
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	.	1 128	1 165
*weiblich	DM	403	687	.	.	662	716
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	.	877	945
*weiblich	DM	331	557	.	.	538	593
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	.	989	1 077
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	.	911	979
*weiblich	DM	347	588	.	.	570	623
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	.	1 119	1 159
*weiblich	DM	391	687	.	.	662	716

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 10. - 31. 12. 1964 f) 1. 10. - 31. 12. 1965
 g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1964/65 (Juli-Juni) i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100
 +) = Vierteljahresdurchschnitt

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	
	in 1 000											
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 005 ^a	74,0	.	.	9,5
1963	419	39	288	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	...	12,5

Jahr	Steuereinnahmen						Steuern vom Einkommen ⁴⁾		Neuverschuldung ⁵⁾			
	des Bundes		des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände		
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt				Gewerbesteuer	insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^b
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522 ^c
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^c
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^c
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^c

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁹⁾ u. Handel			öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾ 1961/63 =100	1958=100	insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾	
								Männer	Frauen	Kaufmännische Angestellte	Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Ange-stellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM												
1958	97,2	97,5	100	92,7	117	68	554	347	685	861	557		
1962	100	100,8	132,4	100	163	98	756	466	912	1 045	692		
1963	100,5	103,5	140,3	103,0	172	106	806	505	963	1 077	749		
1964	101,6	107,2	147,8	105,4	187	113	865	536	1 048	1 165	783		
1965	104,0	...	154,4	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824		

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude bezeichneten Jahres)

3) einschl. Kombinationskraftwagen

4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht des

Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des

5) ohne Kassenkredite

6) 4-Personen-Arbeitnehmer

7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

8) einschl. Hoch-

kreis, alter Berichtskreis 2 018 Mill. DM

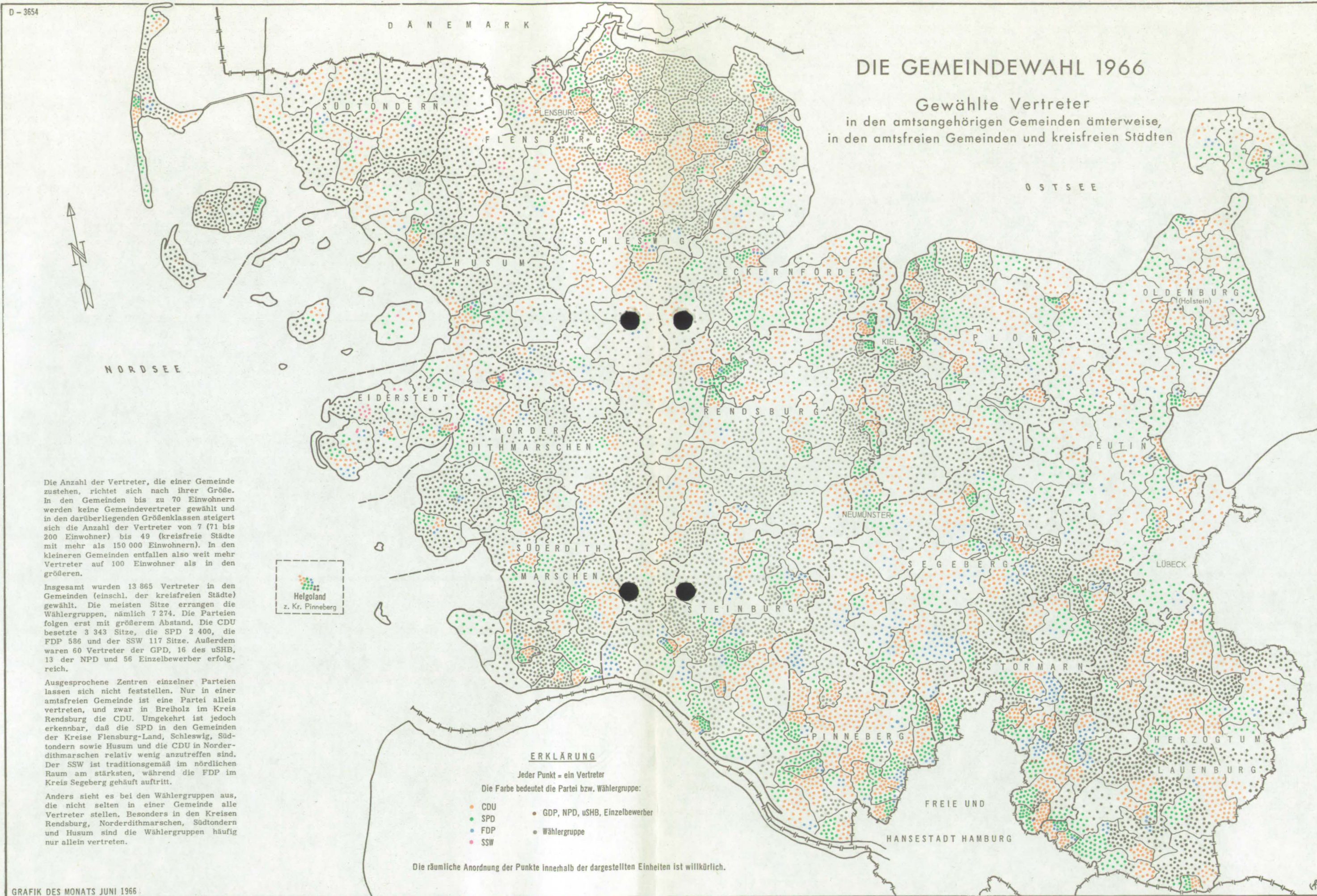
b) Stand: 31. 3.

c) Stand: 31. 12.

a) ab Dezember 1982 neuer Berichts-

DIE GEMEINDEWAHL 1966

Gewählte Vertreter
in den amtsangehörigen Gemeinden ämterweise,
in den amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städten



Die Anzahl der Vertreter, die einer Gemeinde zustehen, richtet sich nach ihrer Größe. In den Gemeinden bis zu 70 Einwohnern werden keine Gemeindevertreter gewählt und in den darüberliegenden Größenklassen steigert sich die Anzahl der Vertreter von 7 (71 bis 200 Einwohner) bis 49 (kreisfreie Städte mit mehr als 150 000 Einwohnern). In den kleineren Gemeinden entfallen also weit mehr Vertreter auf 100 Einwohner als in den größeren.

Insgesamt wurden 13 865 Vertreter in den Gemeinden (einschl. der kreisfreien Städte) gewählt. Die meisten Sitze errangen die Wählergruppen, nämlich 7 274. Die Parteien folgen erst mit größerem Abstand. Die CDU besetzte 3 343 Sitze, die SPD 2 400, die FDP 586 und der SSW 117 Sitze. Außerdem waren 60 Vertreter der GPD, 16 des uSHB, 13 der NPD und 56 Einzelbewerber erfolgreich.

Ausgesprochene Zentren einzelner Parteien lassen sich nicht feststellen. Nur in einer amtsfreien Gemeinde ist eine Partei allein vertreten, und zwar in Breiholz im Kreis Rendsburg die CDU. Umgekehrt ist jedoch erkennbar, daß die SPD in den Gemeinden der Kreise Flensburg-Land, Schleswig, Südtondern sowie Husum und die CDU in Norderdithmarschen relativ wenig anzutreffen sind. Der SSW ist traditionsgemäß im nördlichen Raum am stärksten, während die FDP im Kreis Segeberg gehäuft auftritt.

Anders sieht es bei den Wählergruppen aus, die nicht selten in einer Gemeinde alle Vertreter stellen. Besonders in den Kreisen Rendsburg, Norderdithmarschen, Südtondern und Husum sind die Wählergruppen häufig nur allein vertreten.

Helgoland
z. Kr. Pinneberg

ERKLÄRUNG

Jeder Punkt = ein Vertreter

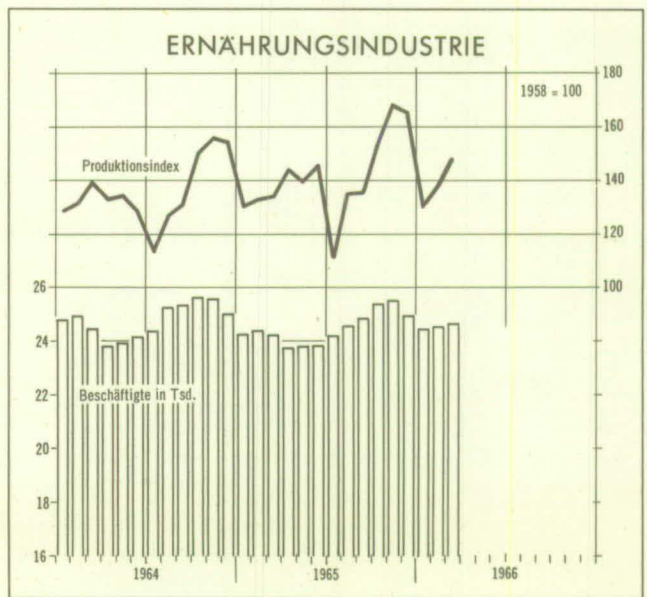
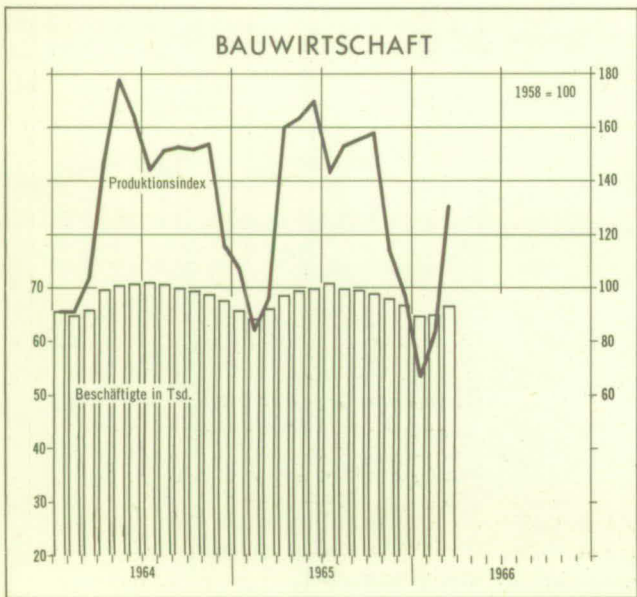
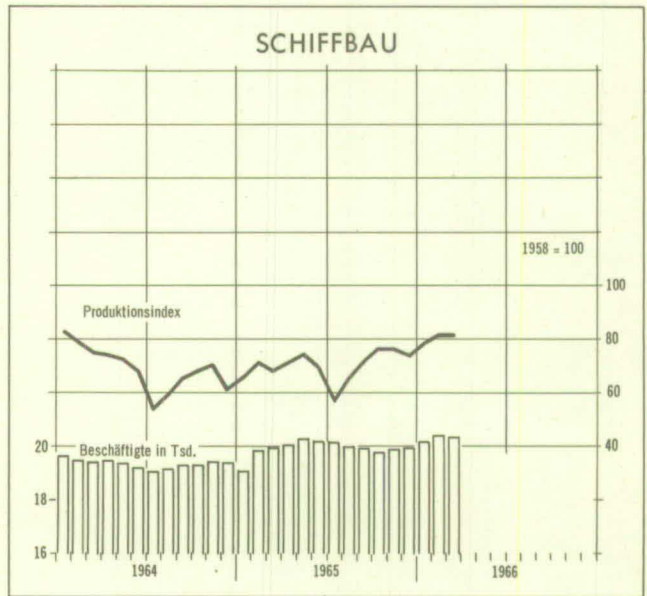
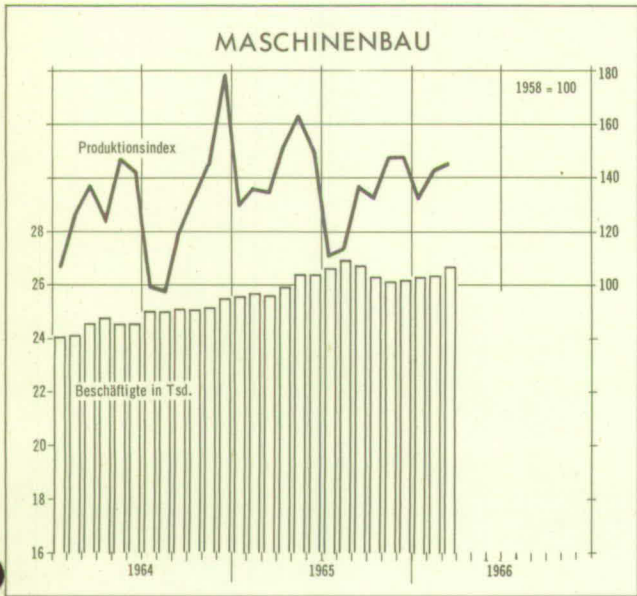
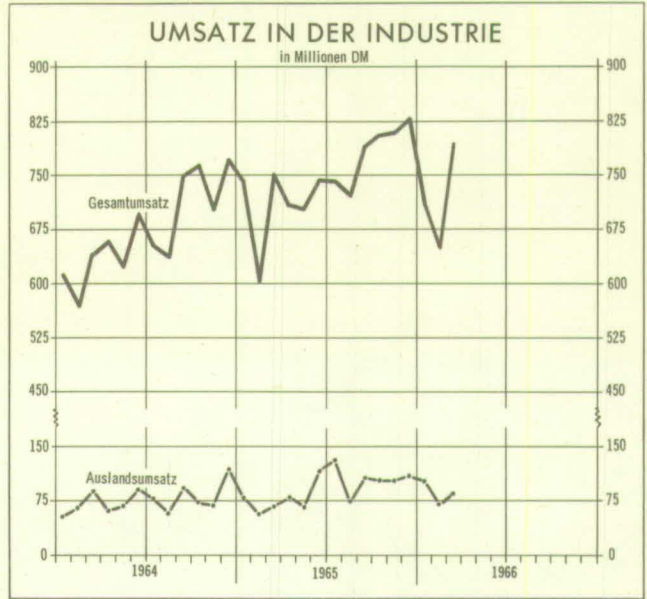
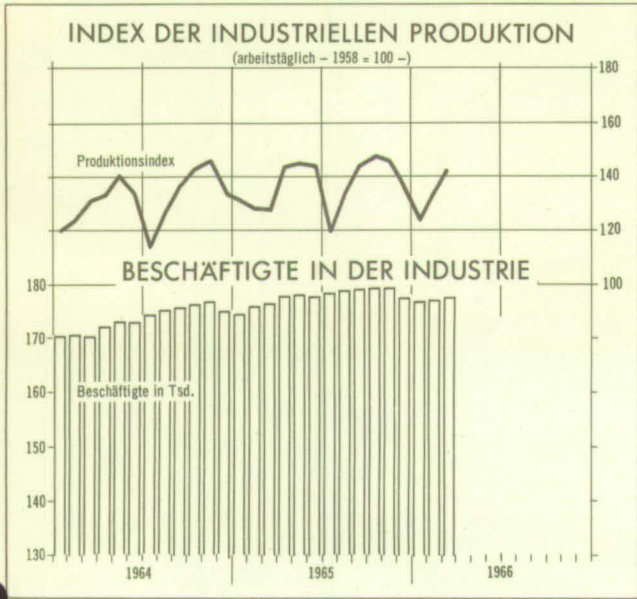
Die Farbe bedeutet die Partei bzw. Wählergruppe:

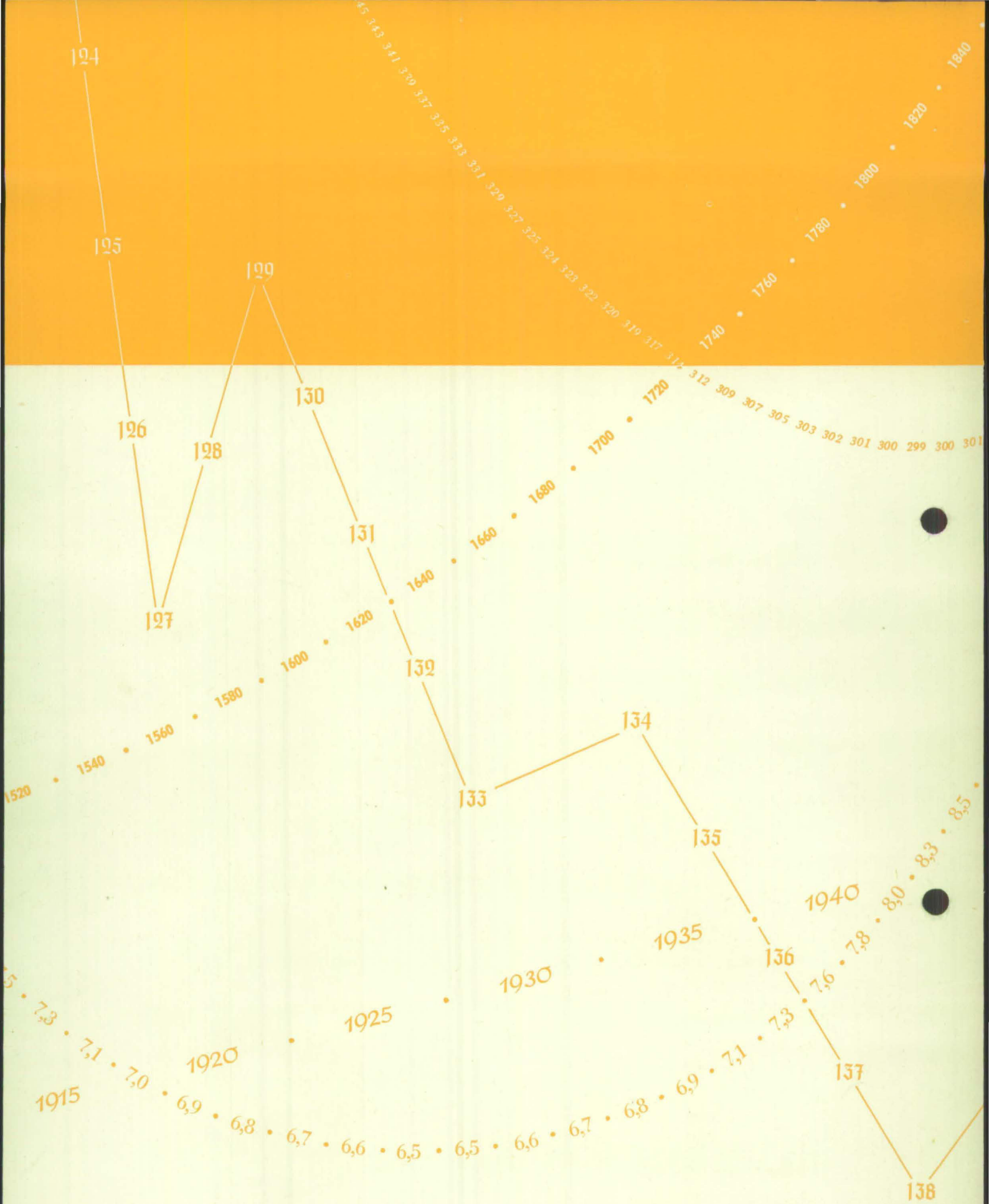
- CDU
- SPD
- FDP
- SSW
- GDP, NPD, uSHB, Einzelbewerber
- Wählergruppe

Die räumliche Anordnung der Punkte innerhalb der dargestellten Einheiten ist willkürlich.

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen